

Die "Volkswoche"  
erscheint wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Gravenstr. 5/6,  
und durch Kolporteurs zu beziehen.  
Preis vierthalbjährig Mf. 2.50.  
Pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen Mf. 2.50.  
Sollte im Hause Mf. 2.00,  
wo keine Post am Dore Mf. 3.84.

Telephone  
Redaktion 3141.

# Volkswoche

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Einzelabgabe  
Betrag für die einzelne  
Gesellschaft oder deren Raum  
25 Pfennige,  
für Arbeitnehmer Verein und  
Beratungsausschüsse  
10 Pfennige,  
Auswärtige Interessenten 25 Pf.

Abonnement für die nächste Nummer  
müssen bis Sonntag 9 Uhr in der  
Redaktion abgegeben werden.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephone  
Expedition 1206.

Nr. 160.

Breslau, Mittwoch, den 12. Juli 1911

22. Jahrgang.

## Vor der neuen Parlamentstagung.

Aus Wien wird uns vom 8. Juli geschrieben:

Nur noch eine Woche trennt uns vom Beginne der Parlamentstagung. Am 17. Juli wird die Eröffnungssitzung stattfinden und am 18. wird die Thronrede verlesen werden.

Die Sozialdemokraten werben 82 Mann stark ins Parlament einzutreten, 5 Mann weniger als im Jahre 1907, wo sie nach dem siegreichen Wahlrechtskampfe die noch bestorganisierten Bürgerlichen über den Sudeten rückten. Die Sozialdemokratie nahezu in derselben Stärke wie vor vier Jahren aus den Wahlen hervorgegangen ist, daß sie trotz des wahnsinnigen Terrorismus der Fabrikanten, der in den industriellen Gebieten überall die Hauptrolle spielte, ihre Stimmenanzahl behauptet hat, der Verlust von 30.000 Stimmen der tschechischen Sozialdemokratie wird durch einen ebenso großen Stimmenzuwachs der deutschen Sozialdemokratie weitgemacht! — beweist, daß die Partei das, was sie im ersten Aufsturm eroberte, auch festzuhalten verstanden hat. Der Verlust von Mandaten fällt zum größten Teil auf das Konto der deutschen Sozialdemokratie, die von 50 Mandaten auf 44 gesunken ist, ein Rückgang, der, wie schon erwähnt, kein Rückgang an Stimmen ist. Dieser Mandatverlust ist fast ausschließlich auf die Sudetenländer Böhmen, Mähren und Schlesien beschränkt, während bekanntlich in Wien zahlreiche neue Mandate gewonnen wurden. Aber in jenen Ländern haben nicht nur die Fabrikanten das Neuerste an Terrorisierung geleistet, sondern es haben auch die Gemeindeämter ganz offen ihre Mittel für die bürgerlichen Parteien in die Wagschale geworfen, Auffrage für die Deutschen-nationalen erlassen, ihre Bediensteten unter Aufsicht zur Wahl geführt, den Sozialdemokraten die Versammlungslotterie abgetrieben usw. Dazu kommt, daß dort bei den Bürgerlichen alle Parteiunterschiede aufgehört hatten, ja daß selbst der Gegensatz zwischen Deutschfreiherrlichen und Klerikalen vollständig verschwunden war. Haben doch die meisten "Deutschfreiherrlichen", die mit Sozialdemokraten in Stichwahl waren, den Christlich-sozialen Erklärungen abgegeben, daß sie diestreben zur Beseitigung des konfessionellen Scherechtes — das in Österreich noch immer staatliches Gesetz ist — nicht unterschreiben werden. Ja, die freiherrlichen Herren haben sich nicht gescheut, in dem Kampfe, den Wien für seine Befreiung von der klerikalen Herrschaft geführt hat, sich auf die Seite der Christlich-sozialen zu stellen — allerdings mit keinem anderen Erfolg, als daß sie sich unheilbar kompromittierten. Nach den Wahlen setzen sie das Spiel fort, indem — den Klerikalen zuliebe, die ihnen gegen die Sozialdemokratie in den Sudetenländern Stichwahlhilfe geleistet hatten — der "Deutsche Nationalverband" es ablehnt, den höheren Teil der Wiener bürgerlich-freiherrlichen Abgeordneten aufzunehmen. Bloß drei von ihnen wurden aufgenommen, die sieben anderen nicht. Einige von ihnen suchten garnicht um die Aufnahme an, da man schon vorher angekündigt hatte, daß sie nicht aufgenommen würden. Einer von ihnen, der bekannte antiklerikale Schriftsteller Jenker, wurde wegen seines Antiklerikalismus mit 50 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Die Sozialdemokraten werden im Parlamente 82 Mann stark sein; aber sie werden diesmal nicht mehr in einem gemeinsamen Verband vereinigt sein, sondern sich entsprechend der national geteilten politischen Organisation der Partei auch im Parlamente als gesonderte nationale Klubs konstituieren. Auch im früheren Parlament hatte diese nationale Gliederung des Verbandes bestanden, aber über den nationalen Klubs war als höhere Instanz der sozialdemokratische Verband. Das das nicht mehr sein wird, ist das traurige Verdienst der tschechischen Sozialdemokratie, die sich immer mehr von nationalen Schlagwörtern gefangennehmen ließ und ein geistiges Zusammenwirken unmöglich machte. Der sozialdemokratische Verband im früheren Parlament hatte den nationalen Klubs in nationalen Fragen volle Autonomie gegeben. Die tschechischen Sozialdemokraten hatten das nicht so aufgefaßt, daß sie alle nationalistischen Demagogien ihrer tschechischen Chauvinisten mitmachen dürfen, sondern sie hatten allmählich auch in allen taktischen und politischen Fragen die Kompetenz des Verbandes abgelehnt. Der — allerdings nicht mehr wiedergewählte — tschechische Sozialdemokrat Pospischil hatte mit Bewilligung seines Klubs in offener Parlamentssitzung die tschechischen Bergzügenteure gegen die Vorwürfe Daegnissia, daß sie die polnischen Arbeiter bei der Volkszählung gezwungen hätten, sich als Tschechen zu beklagen, verteidigt, obwohl diese Vorwürfe auch von Siega, der selbst ein Tscheche ist, als richtig erklärt worden waren! Noch ärger war es jedoch, daß zum Schlusse der letzten Sitzung der tschechische Klub seine Beschlüsse in taktischen Fragen zog, ohne sich um den gemeinsamen Verband zu kümmern. Der traurige Fall war aber der, daß, obwohl der Verband wiederholt beschlossen hatte, die frivole Obstruktion der tschechischen Nationalisten zu bekämpfen, der Abgeordnete Klobacek mit Zustimmung des tschechischen sozialdemokratischen Klubs in der letzten Sitzung des Parlaments eine Obstruktionssatzung hielt. Dazu kommt, daß die tschechischen Sozialdemokraten bei den Wahlen den Kandidaten der deutlichen

Sozialdemokratie in drei Wahlkreisen Böhmens eigenen Gegenkandidaten gegenüberstellten, in einzelnen aber bei den Wahlen sogar leere Stimmzettel abgaben! Und schließlich kommt dazu noch, daß in Mähren als tschechischer sozialdemokratischer Abgeordneter der Leiter der separatistischen Aktion, Vanek, gewählt wurde, mit dem in einem gemeinsamen Verband zusammenzusagen eine sehr unangenehme Aufgabe wäre. War er doch aus dem Vereine der sozialdemokratischen Parteiangestellten auf Antrag Dr. Adlers deshalb ausgeschlossen worden, weil er aus fanatischem Haß die Polizei gegen eine bei der Behörde nicht angemeldete Versammlung von Gewerkschaftsvertreternmännern gehetzt hatte.

Der Club der deutschen Sozialdemokratie hat sich bereits konstituiert und hat beschlossen, mit den anderen sozialdemokratischen Klubs über ein parlamentarisches Zusammensein zu verhandeln. Es wird also, wenn auch kein gemeinsamer Verband mehr bestehen wird, doch eine Form des Zusammensetzens gefunden werden. Der Club hat auch über die nächsten parlamentarischen Aktionen beraten und da zunächst beschlossen, die Erhebung der Ministeriallage gegen die Mitglieder der Regierung Bienerth wegen mißbräuchlicher Anwendung des § 14 zu beantragen. Er wird sich dabei an die Argumente anlehnen können, die der Justizminister des Kabinetts Bienerth, Dr. v. Hohenburger, als oppositioneller Abgeordneter im Jahre 1897 bei der Begründung seines Anklageantrages gegen die Regierung Baden vorbrachte. Der Club wird ferner die Wahl in Böhmen zur Sprache bringen und dann auch Anträge stellen, um eine Reform der konfessionellen Gesetzgebung, insbesondere des Eherechts, durchzuführen. Es wird dabei dem "Deutschen Nationalverband" Gelegenheit geboten sein, zu zeigen, inwieweit er sich bereits im Schlepptrajekt seiner klerikalen Bundesgenossen befindet.

Ermäßigung zur Einsegnung nicht und so erfolgte die Beiseitung der Urne ohne den kirchlichen Segen. Interessant ist nun, daß sich der Bischof mit der Ablehnung nicht begnügte, sondern ein "Offizier" veranlaßte. Sein in Leichstatt ausgegebenes Antworttelegramm lautet nämlich:

Pfarramt Maffersdorf, Reichenberg. Einsegnung verlaubt. Trauergottesdienst nach Moralvorricht ist anbieten. Ordinariat.

Um nicht ganz leer auszugehen, bietet Trauergottesdienst an! Ja, warum denn anbieten? Könnte man nicht abwarten, ob ein Trauergottesdienst nach Moralvorricht verlangt wird? Gerade das "Anbieten" beweist, daß unsere Geistlichkeit sehr wohl weiß, wie ein Geschäft gemacht wird. Aber eine Bemerkung können wir nicht unterdrücken: Zu retten wird die Seele noch sein, auch wenn die Hölle zu Asche verwandelt wurde, wenn sonst hätte das Pfarramt in Maffersdorf, vor allem aber der Bischof, einen Trauergottesdienst nicht anbieten können. Was ist also an dem klerikalen Haß gegen die Feuerbestattung echt?

## Das neue Zuchthausgesetz.

Vor etwas mehr als Jahresfrist ist bekannt geworden, daß der Zentralverband Deutscher Industrieller die Arbeitgeberverbände, Handelskammern und Berufsgenossenschaften in einem Rundschreiben aufgefordert hat, Material über Streitauflösungen zu sammeln. Das erwünschte Material ist nun dem Zentralverband zugänglich, und der Verband hat sich beeilt, es der Reichsregierung zu unterbreiten, mit dem Verlangen, in das neue Strafgesetzbuch eine Bestimmung einzunehmen, die alles übersteigt, was seither auf dem Gebiete der Auseinandersetzung der Arbeiter versucht worden ist. Der Zentralverband beantragt nämlich nicht mehr und nicht weniger, als dem § 241 des Entwurfs eines neuen Strafgesetzbuches folgende Fassung zu geben:

"Wer durch gesächliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

Einer macht sich derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmern, Arbeitstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrsanslagen pläniert zu übernehmen."

In der Begründung weist der Zentralverband darauf hin, daß die Hoffnung der Kaiserlichen Weisheit vom 17. November 1881 auf Sicherung des sozialen Friedens durch sozialpolitische Maßnahmen nicht erreicht ist. Die Zahl der Streiks habe im letzten Jahrzehnt fast ständig zugenommen, der Grund für diese Zunahme entspringt nur dem Wunsche, das Machtgebiet der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu erweitern. Auf diese Zunahme der Streiks sei ohne Zweifel die Tatsache von maßgebendem Einfluß gewesen, daß nach dem heutigen Stande unserer Gesetzgebung der Durchführung und Ausbreitung eines Streiks Schranken kaum gezogen seien, und daß vor allem eine gesetzliche Handhabe zum Verbot des unenbeherrschten und wichtigsten Kampfmittels beim Streik, nämlich des Streikpostens, nicht gegeben sei. Das gesetzlich erlaubte Koalitionsrecht werde in sein Gegenteil, den Koalitionszwang, verwandelt. Das eigentliche Interesse eines jeden geordneten Staatswesens erfordere, einer solchen Gesetzwidrigkeit mit Nachdruck entgegenzutreten. Die Umfrage des Zentralverbandes bei 274 Industriellen und Arbeitgeberverbänden, Handelskammern und Berufsgenossenschaften habe ergeben, daß seit dem Jahre 1904 in 120 befreiten Betrieben die Arbeitswilligen durch die Streikposten in der rigorosesten Weise terrorisiert und in ihrer freien Willensbestimmung behindert worden seien. Es seien von den Streikposten nicht nur in zahlreichen Fällen die Arbeitswilligen mit Revolvern und Messern bedroht und bis in ihre Wohnungen verfolgt, sondern oft direkt überfallen und bis zur Arbeitsunfähigkeit misshandelt worden. In einem nachgewiesenen Falle sei der Arbeitswillige erschlagen worden und in 39 Fällen wurden die Arbeitswilligen derart eingeschüchtert, daß eine vollkommene Stilllegung des Betriebes eintreten mußte, zumal die Arbeitswilligen keinen genügenden Schutz bei der Polizei gefunden hätten. Diese Annahme der Sozialdemokraten und die in den letzten Jahren andauernd gewachsene Verschärfung des Kampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern legen die Befürchtung nahe, daß, wenn nicht Mittel gefunden werden, einer solchen Bewegung Einhalt zu tun, das wirtschaftliche Leben in Deutschland in der ernstesten Weise gefährdet werde. Um dieser den Bestand des Staates selbst in Frage stellenden Gefahr wirklich zu begegnen, müßte daher der Freiheit der Arbeit durch gesetzliche Vorschriften der erforderliche Schutz gegeben werden und es müßte vor allem dem Streikpostenstehen ein Ende gesetzt werden.

Man muß von der Regierung verlangen, daß sie das Material des Zentralverbandes, so wie es ihr zugegangen ist, ungesäumt der Öffentlichkeit übergibt. Den Angegriffenen muß die Möglichkeit geboten werden, das Material auf seine Wichtigkeit hin zu prüfen, umso mehr, als es aus einer so wenig lauteren Quelle kommt, wie sie die Konservativenverbände heute nun einmal darstellen. Auf alle Fälle tut man gut, auf einen neuen festigen Vorschlag gegen die Arbeitersklasse gefaßt zu sein.

## Politische Übersicht.

Imposante Wahlrechtskundgebungen haben am Donnerstag abend in verschiedenen Städten Preußens stattgefunden. In Altona-Ottensen und Wandse hatten sich in drei Lokalen tausende von Personen eingefunden, die den Aussführungen der Genossen W. Winnig, A. Elm und Friedrich Bartels lauschten und ihre Zustimmung zur Verurteilung der Klassenschmach und des neuesten Marstorumms durch begeisterten Beifall und einsstimmige Annahme der vorgeschlagenen Resolution ausdrückten.

In Elbing fand im Garten des Pariserlokals eine außerordentlich stark besuchte Protestversammlung statt.

In Königswinter i. Br. haben sich über 5000 Personen zu einer Versammlung unter freiem Himmel zusammengefunden. Genosse Hugo Haase fand mit seiner Kritik der Dreiklassenwirtschaft und der imperialistischen Politik begeisterten Beifall.

In Halle a. S. war der Andrang im Volkspark so stark, daß nicht allein im großen Saal, sondern auch im Garten und Restaurationsraum Versammlungen abgehalten werden mußten. Es sprachen Genosse Landtagsabgeordneter Hirsch-Berlin, Genosse Reichstagsabgeordneter Albrecht, Genosse Kaschewski-Berlin und Genosse Klees.

In Erfurt war die Beteiligung so stark, daß die Versammlung aus dem großen Saal in den geräumigen Garten verlegt werden mußte. Genosse Reichstagsabgeordneter Eichhorn wußte den Versammelten den Ernst des Wahlrechtskampfes und der weltpolitischen Lage recht eindringlich klar zu machen.

Regierung und Wahlrechtsfeinde können aus diesen Kundgebungen sehen, daß die Massen auf dem Posten sind und ihre Taten gebührend würdigen. In Breslau wird die Kundgebung fürs Wahlrecht am kommenden Sonntag stattfinden.

## Der Kommerzialrat und die römisch-katholische Priesterkirche.

Gerade rechtzeitig in dem Entrüstungsrundschreiben des Klerus über die Feuerbestattung kommt folgende Zuschrift der "Wiener Arbeiterzeitung" aus Warschau:

Am 1. Juli fand in Maffersdorf die Beiseitung der die Urne des verstorbenen Großindustriellen Kommerzialsrat Alfred Ginglen enthaltenden Urne statt. Die sterblichen Überreste des Kommerzialsraten waren, jedenfalls auf eigenen Wunsch des Verstorbenen, im Dresdener Kreisatorium am 29. Juni eingeäschert worden, von wo die Überführung der Urne nach Maffersdorf erfolgte. Nun ist es ja eine allbekannte Tatsache, daß speziell die römisch-katholische Geistlichkeit die Leichenverbrennung aufs schärfste befürwortet und als unchristlich bezeichnet. Es war daher nicht verwunderlich, daß bei der feierlichen Beiseitung der Urne in die Familiengruft die Geistlichkeit nicht vertreten war. Trotzdem aber fand nach der Beiseitung ein Trauergottesdienst in der römisch-katholischen Kirche statt. Welchen inneren Kampf mögen die Seelsorger in Maffersdorf wohl bestanden haben, ehe sie sich zu diesem Schritt entschlossen? Man muß sich mit erst vorstellen: da die unchristliche Beisetzung, dort die Ansicht auf eine hübsche Einäscherung. Das sind Dinge, die selbst einem Geistlichen die Entscheidung schwer machen können. Das Maßamt in Maffersdorf mag nicht gewußt haben, was es tun soll. Ganz gegen die Vorschriften zu verstören, wagte es nicht, es wollte aber auch auf die Einsicht in die nicht verzichten. Es hat sich also an den gerade in Leichstatt zur Beiseitung der Kirche reisenden Bischof geworben und damit es gleich gleich, um ganz sicher zu gehen, die Rückantwort und wartete ab. Der Bischof gab tem-



Während die Zentrumspresse über ihre Schwäger im Abgeordnetenhaus wild losfuchtet, hat dieselbe gegen den Kardinal nicht ein Wort des Tadels oder des Bedauerns gewagt. Das läßt lächerlich blicken.

Nationalliberale Reichstagskandidatur in Anhalt I. Die nationalliberale Partei in Anhalt I (Dessau-Berbst) stellte als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl einstimmig den Kaufmann North in Berbst auf. Dieser hat die Wahl angenommen. — North ist der Nachfolger des von der Kandidatur zurückgetretenen Geheimrat Witting. Seine Kandidatur zeigt, daß sich die Liberalen in Anhalt I wieder auseinandergezogen haben.

## Ausland.

### Gallia und seine Mehrheit.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 9. Juli: Im Monat April gehörte der jetzige Ministerpräsident Caillaux als Finanzminister dem Ministerium Monis an, das der Kammer ankündigte, daß die Regierung gegen die Eisenbahngesellschaften „Waffen verlängern“ würde, wenn sie sich fernerhin weigerten, die Eisenbahner wieder einzustellen, wie es eine von der Kammer mit sehr starker Mehrheit angenommene Tagesordnung forderte. Am 7. Juli lehnte der Ministerpräsident Caillaux dieselbe Tagesordnung, die er als Mitglied des Ministeriums Monis gut geheißen hatte, ab und die radikale Mehrheit machte auch diesen Entschluß mit. Dieselben Leute, welche im April Monis zujußelten, weil er den Mut hatte, den Gesellschaften den Kampf anzuhändigen — schlossen am Freitag Caillaux zu, weil er das Gegenteil erklärt. Seltens hat sich eine politische Partei so festgestellt wie die Radikalen durch diese Stellungnahme in der Eisenbahnerfrage. Überhaupt sind die französischen Regierungsmehrheiten wieder ganz und gar geworden. Und es ist, wie richtig die sozialistische Fraktion handelte, als sie bei der ersten Gelegenheit dem Ministerium Caillaux einstimmig ein Misstrauensvotum erzielte. Herr Caillaux, der ankündigte, daß keine Regierung „eine Regierung, die reagiert“ sein werde, hat bisher in dem Sinne Wort gehalten, daß er gegen die organisierte Arbeiterschaft Maßregeln ergreifen hat, die an die schärfsten Tage unter Clemenceau und Briand erinnern. Ein großer gerichtlicher Prozeß gegen den Annimilitarismus hat eingesetzt, Haftstrafen sind an der Tagessonne, die Arbeitsbörsen wurde vorsätzlich von der Polizei besetzt und von oben bis unten nach „annimilitaristischen Bäuerien“ durchsucht, wodurch das Pausrecht der dort installierten Gewerkschaften in der brutalsten Weise verletzt wurde. Im Parlament selbst hat Caillaux es verstanden, den Verhandlungen und Beichlüssen einen Hitzeweg aufzuwingen, der einen an eine beispiellose Komödie und nicht an ein ernstes Werk glauben läßt. Zur Wahlreform nimmt die Kammermehrheit am Nachmittag Beschlüsse an, die denen des Morgens ins Gesicht schlagen. Am Montag huldigt sie proportionalistischen am Dienstag antiproportionalistischen Prinzipien. Und der Ministerpräsident, der vor vierzehn Tagen noch ein leidenschaftlicher Anhänger der Wahlreform war, heute sich nicht, legt Woche einen Versuch zu machen, die Debatte bis nach den Ferien zu verzögern. Er blieb in der Minderheit, da Genosse Jaurès die Kammer an ein in der Kommission abgegebenes Ehrenwort erinnert. Aber er demissionierte deshalb nicht, sondern setzte sich ruhig wieder auf seinen Platz. Der Riechleppunstatistik der Regierung aus dem Gebiet der Wahlreform, dem Wortschatz der Mehrheit auf dem Gebiet des Eisenbahnerproblems haben die Sozialisten beschlossen, die Öffentlichkeit gegenüberzustellen. Sie haben am Freitag mit Erfolg begonnen. Sie werden fortfahren und in jeder Sitzung, erstmals neue Resolutionen zugunsten der Eisenbahnerbeiter einbringen und zweitens namenliche Abstimmungen fordern. Die Radikalen sollen beabsichtigen, eine Aenderung der Geschäftssordnung vorzunehmen. Wie war der Kampf zwischen den Sozialisten und den vereinigten bürgerlichen Parteien im französischen Parlament schärfer als heute. Wie zeigte sich der tiefe Algrund, der zwischen dem wortreichen bürgerlichen Radikalismus und dem auf Taten drängenden Sozialismus liegt, klarer als gegenvorwärtig. Die sozialistische Partei kann nur gewinnen, da doch manche innere Frustigkeiten über die theoretischen Debatten nicht hinweggeholt werden können, werden sie durch die Wirklichkeit zum Auflösen gebracht.

Marokkonigkeiten. Von der Beratung zwischen v. Kiderlen-Wächter und dem französischen Vorschafter Cambon weiß man in Paris angeblich, daß sie gegen  $\frac{1}{2}$  Stunden gedauert habe und beiderseits mit großem Eifer und so geradesamt geführt worden sei, daß der Ton anfangs notwendig etwas scharf war, sich indes nach freimütiger Auseinandersetzung der beiden seitigen Standpunkte und unverblümter Angabe der Fehler endete in mildere und zuletzt ganz freundlich war, wie er den bisherigen persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Rednern entspricht. Sie seien angescheinend über Allgemeines hinausgegangen und seien zu bestimmten Einzelheiten gekommen, denn Herr Cambon erklärte am Schluß der Unterredung, daß er über die von Herrn v. Kiderlen-Wächter angeregten Punkte sich in Paris Auskunft holen müsse, was dem deutschen Staatssekretär Ulrich gegeben habe, sich zu wundern, daß die dem Vorschafter erzielten Wissungen nicht ausreichten, um die sofortige Beantwortung der ihm von Deutschland gemachten Vorwürfe zu erläutern.

Der französische Minister des Neueren hatte längere Konferenzen mit dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten. Über den Stand der Verhandlungen mit der deutschen Regierung werden keinerlei Mitteilungen gemacht.

Ein neuer Aufstand in Mexiko. Ein neuer Aufstand unter Führung Madero ist im Staat Chiapas ausgebrochen. 200 Mann unter Jose Torres verlangten den Rücktritt des Staatsgouverneurs, dieser entfloß. Bei den Unruhen in Ocotlan gab es 8 Tote und 15 Verletzte.

Castro am Werke. Der Korrespondent der "New York Sun" telegraphiert, daß Castro am Fuße von Caracito ein bestiges Lager bezogen hat und 2000 gut bewaffnete Anhänger hält. Das Lager liegt 700 Kilometer von der Hauptstadt Carracas entfernt. In Carracas ereignete sich eine Panik unter der Bevölkerung. Viele sind Anhänger des ehemaligen Präsidenten und erwarten nur seine Ankunft in der Hauptstadt, um ihm zuzujubeln.

Die russische Eisenindustrie, die in Europa an vierter Stelle steht und noch vor Österreich-Ungarn kommt, brachte im Jahre 1910 einen Ertrag an Roheisen von 185,5 Millionen蒲 (zu 16,8 Kilo gramm) gegen 175,3 Millionen 1909. An fertigem Eisen- und Stahl wurden 184,7 Millionen蒲 (132,9) erzeugt. Außerdem wurden an Eisen und Eisenerzeugnissen (Eisenwaren, Maschinen usw.) 20,1 Millionen蒲 (17,3) aus dem Ausland eingeführt.

Die Errichtung von Getreideslagerhäusern an der Wolga hat die russische Staatsbank ins Auge gesetzt. An den Haupt-Hafen- und Bahnhöfen sollen Silos nach dem bekannten System errichtet werden, die imstande sind, etwa ein Fünftel der dort im Laufe eines Jahres angelieferten Getreide mengen zu fassen. Das Fassungsvermögen soll zwischen 50.000 und 1 Million蒲 (über 800 bis 16.000 Tonnen) betragen. Man rechnet mit einer Dauer von drei bis fünf Jahren. Man für das Gouvernement Saratow sind 50 bis 70 solcher Speicher vorgesehen.

Die Brüderanträgen in den Vereinigten Staaten. Nach einem länglich erschienenen Bericht hat der leitende Kongress

in 2 Jahren 1.026,7 Millionen Dollar (über 4300 Millionen Mark) bewilligt. Davon kamen auf das Jahr 93,34, die Militäracademie 1,16, Befestigungen 5,07, die Flotte 126,43 Millionen zusammen 228,07 Millionen Mark). Für 1911 sind an ebmalige Soldaten und Teilnehmer des Bürgerkriegs von 1860 bis 1864 wurden 153,68 Millionen (643 Millionen Mark) verausgabt. Dagegen entfielen auf das Landwirtschafts-Departement nur 16,9 Millionen. Für das Postwesen wurden für das eine Jahr 1912 25,13 Millionen Dollar bewilligt.

Eine Arbeiterschaftswort. Von der Begeisterungswelle, die angesichts der sehr ungewölkten Londoner Krönungszeremonie das ganze britische Weltreich mit Einschluß der Klasse der Arbeiterschaft erfaßt hatte, hebt sich wohlend der kräftige, von manchem wohl auch als grob empfundene Ton ab, in dem die Gewerkschaftsorganisationen von Regina (Prov. Saskatchewan, Südwestkanada) zu dem „großen“ Ereignis Stellung nahmen. Auf eine Einladung des sogenannten Krönungskomitees zur Teilnahme an einem Festzug und sonstigen Veranstaltungen antwortete der Sekretär des Gewerkschaftskartells: „Werter Herr! Auf Ihre Einladung zur Teilnahme an den Krönungsfestlichkeiten bin ich beauftragt worden, Ihnen mitzuteilen, daß das Kartell der Unif ist, daß die Krönung des Königs die Arbeiterschaft nicht angeht, und daß wir als Vertreter dieser Klasse nicht wünschen, für eine Sache zu paraderieren, die uns nicht interessiert.“ Wie lange mag es noch dauern, bis solche manhaftie Arbeiterschwung (die von den „Gutgefürsten“ in Regina als „Trenlosigkeit“ bezeichnet wird) in der britischen Arbeiterschaft allgemein sein wird!

Beschlebung eines deutschen Dampfers. Als am Sonntag der Dampfer „Ulster“ von Yarmouth nach Hamburg bestimmt, die hohe See gewinnen wollte und den Dampfer „König“ ansetzte, um diesen Bord sich ein Militärposten beizubringen, passierte, forderte der Posten die „Ulster“ auf, Halt zu machen. Das Schiff folgte dieser Aufforderung nicht. Die Aufforderung wurde darauf wiederholt und als die „Ulster“ auch jetzt nicht schnell genug stoppte, wurde auf sie ein Dutzend Schüsse abgegeben. Verwundet wurde niemand.

In Amsterdam glaubt man allgemein, daß das Vorgehen gegen den Dampfer „Ulster“ auf eines Missverständnisses zurückzuführen ist. Zwei an Bord des „König“ stationierte Soldaten hatten die Anweisung erhalten, keine Dampfer vorbeizulassen; aber die Anweisung hatte nur Bezug auf die kleinen Dampfer, die zum Transport von Ausständigen verwendet werden. Einer der beiden Soldaten hielt den kleinen Dampfer „Ulster“ für ein solches Fahrzeug und forderte ihn daher auf, zu halten. Der Kapitän und der Poste der „Ulster“ hielten sich nicht für verpflichtet, der Aufforderung Folge zu leisten und setzten die Fahrt fort, worauf der Soldat 6 Schüsse abgab. Die „Ulster“ fuhr weiter, berichtete aber den Vorfall bevor sie von Yarmouth in See ging. Die Civil- und Militärbehörden von Amsterdam haben eine Untersuchung eingeleitet.

## Aus Oberschlesien.

### Wie Patriotismus erzeugt wird.

Wenn all die „guten“ Lehren, die der oberschlesischen Arbeiterschaft in Wort und Schrift vorgelegt werden, auch nur einen Teilerfolg hätten, dann müßten alle Arbeiter gute Patrioten werden. Aber dem ist nicht so, wie die Wahläffären beweisen. Die Kirche ist die verdeckte Regierungskraft der Massen, die für den Hunger gar kein Verständnis mehr hat. Da helfen weder die Lehren des Herrn Hilger, noch die vielgepreßte Wohltätigkeit, oder wie sonst die Hilfsmittel alle helfen mögen. Den Industriekarren ist das auch bekannt, und mit allen Mitteln suchen sie die Gemüter zu „beruhigen“. Eßlöfflerweise greifen sie nicht zu dem einzigen wirklichen Hilfsmittel der Lohn erhöhung, sondern zu weniger kostspieligen Dingen, die nach ihrer Berechnung dieselbe Wirkung haben sollen. Und jetzt wenige Monate vor der Wahl, muß man erst recht etwas tun, denn wer würde sonst die Willige, Donnersmarck, Kiesl usw. wählen?

Mit gutem Beispiel offen geht der Kiesl. Am Sonnabend hatte die Stadtgruppe Ihr Bergfest veranstaltet, und da ging es im Gegenseitig zu den früheren Jahren doch her. Erst mußte alles zur Kirche gehen, dann wurden nach Kirchensem Kleidern Uhren verteilt, Reden gehalten, und dann ging das Tanzen. Triften Freuden usw. los. Der „Wanderer“ stellt fest, daß 26.000 Alter Bier, 225 Rentner Wurst, 450.000 Semmeln und 75.000 Zigaretten verbraucht werden. Aber selbst wenn diese Zahlen richtig sind, so bedeuten sie einfach nichts. Der Staat zahlt seinen Pennig zu diesem Kummel, sondern mit den abgezogenen Strafgeldern, Kontinentüberfällen und Spenden der Besiedler spielt man bei den Arbeitern als Fohltöter auf. Und selbst wenn die Verwaltung alles bezahlt, dann macht es kaum 3 Mark pro Kopf der Belegschaft aus; aber um mindestens das Sechsfache dieses Betrages wird die Arbeiterschaft jeden Monat zu wenig entlohnt.

Die Arbeiterschaft verlangt eine ordentliche Bezahlung und Behandlung und verzichtet gern auf die Bergfeste und sonstigen Kummel, wie viele uns dagegangene Fälle dies beweisen. Die Schlußbemerkung des „Wanderer“: Hier kann man wohl von einem Volksfest im wahren Sinne des Wortes sprechen, beweist nur, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um die Schande des schwärzblauen Schapsablocks zu verwischen. Die Herren werden für berechnet haben, wie ihnen die nächsten Wahlen beweisen werden.

Beuthen OS. 10. Juli. Fortschritte des „Deutschums“. Dem Ziegelerbeiter Venzel in Kößberg ist die Genehmigung zur Führung des Namens Steinmann erteilt worden. — Ebenso ist dem Monteur Paul Mainfa (Jacques) in Katowitz die Genehmigung erteilt worden, fortan den Namen Krause zu führen. — Jetzt wird's also werden.

Kattowitz, 11. Juli. Zu den Riesenbeträgen gegen die oberschlesischen Werke. Viktor Beck, der bisherige Prokurist der Firma Franz Bernard, stellt in Akte, sich an den Beträgen seines Chefs beteiligt zu haben. Das gegen ihn eingeleitete Gerichtsverfahren werde seine Unschuld ergeben. Beck behauptet, er habe keine Stellung bei Bernard aufgegehen, um endlich einmal den Beweis für die Beträgerien seines Chefs antreten zu können. Unter anderem will Beck den Henkel des Klusses erhalten haben, während dessen Abreise Schmiergelder zu zahlen, was er aber nicht getan habe. Er habe aber auch niemals ein Lager von untergeschlagenen Fässern mit Öl, Teer und Petroleum unterhalten, oder diese anderweitig verlaufen, oder an seine Firma zurückverkauft.

Kattowitz, 11. Juli. Englische Studienreise. Gestern traten drei Professoren mit 27 Studenten von der Bergakademie in Cardiff in Wales in Oberschlesien ein, um die oberschlesischen Berge und Hüttwerke zu bereisen. Die Dauer der Reise ist auf drei Tage festgesetzt. Viel Gates werden sie hier vielleicht nicht lernen.

Kattowitz, 11. Juli. Blutiger Streit. Vorgestern hat in dem Hause Böhmstraße 2 die Art eine blutige Rolle gespielt. Der Arbeiter Bielanit und sein 13-jähriger Sohn gerieten mit dem Hausnachbar Arbeiter Kolodz. Der Sohn wegen Streit. B. ergriff eine Art, mit der er K. erschlagen wollte. Sein Sohn aber entzog ihm dieselbe, stürzte auf K. los und schlug ihn mit zwei möglichen Hieben hart auf den Kopf, daß die Schultern zerstört wurden. Die Verletzungen sind tödlich. Die beiden B. wurden auf der Straße verhaftet.

## Arbeiterbewegung.

Aussperrung in der Lausitzer Glasindustrie. Bürgersche Blätter in der Lausitz verbreiten folgende Notiz: Der Arbeitgeberkombinat verband deutsche Glasfabriken tagt in Görlitz in einer von circa 70 Mitgliedern besuchten Generalversammlung des sächsisch-schlesisch-Lausitzer Bezirks, um zu dem Streit in Naumburg eine Stellung zu nehmen. Die Versammlung beschloß, nach dem „Niederschlesischen Wunderer“, einstimmig, falls bis zum 15. Juli eine Einigung in Naumburg nicht erzielt ist, an diesem Tage sämtliche organisierten Glasarbeiter des genannten Bezirks zu kündigen, und falls bis zum 29. Juli die Angelegenheit noch nicht ihre Erledigung gefunden hat, nach vierzehn Tagen die sämtlichen Betriebe vollständig stillzulegen. Den genannten Verbände gehören fast sämtliche Firmen Sachsen, Schlesien und der Lausitz an und werden von der Aussperrung circa 10.000 Personen betroffen werden.

Es ist nicht das erste Mal, daß genannter Verband eine Aussperrung androht; das vorige Mal handelte es sich gleichfalls um einen Streit in Naumburg. Bei den eingeleiteten Verhandlungen wurde damals ein zufriedenstellender Vertrag abgeschlossen, und gerade diese Firma hat jetzt den Vertrag in größtmöglichster Weise gebrochen.

Um der Oeffentlichkeit zu zeigen, in welcher brutalen Weise die Unternehmer 10.000 Arbeiter brotlos machen wollen, sei kurz der Grund des Kampfes in Naumburg, der jetzt drei Sitten umfaßt, geschildert. Die Glasarbeiter hatten bei einer Sitzung den zum 1. April d. J. abgelaufenen Tarifvertrag gekündigt. Die Tarifwidrigkeit erfolgte, um am Ende einheitliche Abschlagspreise anzufordern. An dem einen Tag vor ausgesprochen, daß der Tarifwidrigkeit des Tarifes auch das Arbeitsverhältnis gekündigt ist. Die Arbeiter erklärten sich zu Verhandlungen bereit; diese wurden aber von der Firma abgelehnt. Bei der anderen Firma wurden die Arbeiter gekündigt und die dritte Firma am Ende sperrte unter Bruch des Tarifvertrages die Arbeiter aus.

Es steht fest, daß die Arbeiter zu Verhandlungen bereit waren, daß sie ferner bereit waren, ohne Vertragsverhältnis weiter zu arbeiten, auch wenn keine Zugeständnisse gemacht werden wären. Die Unternehmer sehen aber die Zeit für gekommen, gegen den verbotenen Glasarbeiterverband vorzugehen, weil die Konkurrenz nicht günstig ist. Jetzt, nachdem Aufschwung genug vorhanden sind, möchten sie die Arbeiter hinzunehmen, bedingungslos die Arbeit aufzunehmen. Die Herren werden sich jedoch täuschen. Ihre geplante große Aussperrung wird ein Schlag ins Wasser sein.

## Briefkasten.

Sprechstunden der Raktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

„Paulsdorf. 1. Wir empfehlen Ihnen, die Kündigung anzunehmen, da Sie dadurch unnötigen Scherereien aus dem Wege gehen. 2. Die Frau bekommt 80 Prozent des ortsüblichen Lohnes, jedes Kind 10 Prozent; zusammen werden aber nicht mehr als 80 Prozent gezahlt.

„Steinau. 1. Kranken Dienstmädchen haben nur dann den Lohn auch während der Krankheit zu verlangen, wenn sie durch den Dienst erwerbsunfähig geworden sind. 2. Kostgeld muß das Mädchen bekommen. 3. Begegnung kann der Meister bestraft werden.

„P. 62. 1. Sie brauchen nicht doppelt Marken Neben. 2. Der Arbeitgeber ist in diesem Falle leider nicht verpflichtet, während der Krankheit den Lohn weiter zu zahlen. 3. Nein.

100. Das wissen wir nicht. Wir können Ihnen auch nur empfehlen, sich mit diesen Dingen nicht zu beschäftigen; es ist schade um die Zeit.

100. W. Winter in Breslau I, Seminarstrasse 11. 1. Ja. 2. Das Buch kostet 1 bis 2 Mark.

### Bestellungen der städtischen Markt-Notierungskommission.

Breslau, den 10. Juli.

	gute	mittlere	geringe Sorte
Weizen, weißer	21 50	20 80	20 80
Weizen, gelber	21 20	20 80	20 80
Roggen	16 70	16 80	16 10
Gerste	15 50	14 90	14 90
Hefe	17 50	16 80	16 70
Victoria-Erdbeer	23	22	21
Obst	19 50	19	17 80
Den alles, per 100 Pf. 6,40—6,80 Mt., neues 5,60—6,00 Mt.			
Bratfisch 100 Pf. 2,70—3,10 Mt.			

Wroclauer Weißmarkt. Metall behauptet vor 100 Pf. inf. Stadtkasse. Metall nimmt 90 Pfennige 29,50—30,00 Mt. Magazin meist 90 Pfennige 24,75 Mt. Magazin-Stadtmeister behauptet 24,25—24,75 Mt. Magazin-Stadtmeister 11,75 Mt. Metallbehörde behauptet 10,75—11,25 Mt.

Berantwortlicher Redakteur: Emil Rabold. — Redaktion und Expedition: Neue Gräbenstrasse 7. — Verlag von Löhrs Schriften. — Druck von Th. Schäfer. G. m. b. H. — Kästle in Breslau. — Briefe & Beileger.

## Sozialdemokrat ist nicht

der, welcher am Bierisch räsoniert, sonst aber nichts tut, sondern

## Sozialdemokrat ist nur

wer für die Arbeitersache täglich mitarbeitet, seiner Organisation angehört, vor allem aber auch

## das Parteiblatt liest.



# 1. Beilage zu Nr. 160 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 12. Juli 1911.

## Der sterbende Reichstag und das verweigerte Wahlrecht!

Über dieses Thema spricht in einer

## Massenversammlung am Sonntag,

den 16. Juli, vormittags 11 Uhr,

im Garten der „Stadt Osen“, Osenerstraße 52/54 (früher Ohlauer Chaussee),

**Reichstagsabgeordneter Fritz Kunert-Berlin.**

**Parteigenossen und -Genossinnen, seid alle zur Stelle! — Sorgt für Massenbesuch!**

Bei Regenwetter findet die Versammlung im Saale des Gewerkschaftshauses statt.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Juli.

#### Geschichtskalender.

12. Juli.

1536 Der humanistische Gelehrte Erasmus von Rotterdam.  
1806 Errichtung des napoleonischen Rheinbundes.

#### Politische Bildungsarbeit.

Über das Thema: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“ hat Genoße Dr. Hermann Dunkel aus Stuttgart in Breslau, Siegnitz und Waldenburg einen Vortragskursus abgehalten, der aus acht Abenden bestand. Ein gutes Stück Bildungsarbeit der Partei liegt hinter uns. Auch dieser Kursus hat bewiesen, wie groß der Bildungsdrang des klassenbewußten Proletariats ist. Im Hochsommer mußten zwei Abende in jeder der vier Wochen für den Kursus geopfert werden; deshalb ist es erklärlich, daß die Besucherzahl des Graf-Kursus nicht erreicht wurde. Diesen Kursus halten wir im Winter und er beansprucht auch nur einen Abend in jeder Woche.

Die statistische Aufnahme, die beim Dunkel-Kursus gemacht wurde, zeigt uns, daß er 673 männliche und 78 weibliche, also insgesamt 751 Teilnehmer hatte. Vom Arbeiter-Bildungs-Ausschuß, dem Veranstalter des Kursus, ist die Mehrzahl der Eintrittskarten wieder an die Arbeiterorganisationen abgegeben worden, die sie ihren Funktionären unentgeltlich zur Verfügung stellten. An der Kasse wurden 127 Karten für alle 8 Vorträge für je 75 Pf. und 281 Karten für einen Abend für je 15 Pf. verkauft. Zur Grundlage unserer Statistik konnten aber nur die zurückgegebenen Fragekarten verwandt werden.

Von den Besuchern erschienen am ersten Abend 594, am zweiten Abend 569, am dritten Abend 542, am vierten

Abend 466, am fünften Abend 444, am sechsten Abend 390, am siebten Abend 368 und am achten Abend 367. Im Durchschnitt kommen also auf einen Abend 168 Besucher. Von den einzelnen Teilnehmern erschien: einmal 111, zweimal 99, dreimal 59, viermal 77, fünfmal 68, sechsmal 56, siebenmal 102, achtmal 149.

Sehr wichtig sind die Zahlen über die Zugehörigkeit der Teilnehmer zu den einzelnen Gewerkschaften. Darüber zeigt uns die Statistik das folgende Bild:

Bäcker	4	Lederarbeiter	2
Bauarbeiter und Maurer	26	Lithographen	1
Bildhauer	5	Maler	11
Böttcher	1	Maschinisten	4
Brauerei- und Mühlenarbeiter	31	Metallarbeiter	131
Buchbinderei	9	Porzellanarbeiter	2
Buchdrucker	11	Sattler	9
Buchhandelsarbeiter	6	Schiffszimmerer	13
Bureauangestellte	10	Schmiede	7
Fabrikarbeiter	41	Schneider	26
Färber	8	Schuhmacher	10
Gärtner	2	Steinmäher	4
Gemeindearbeiter	20	Stieglitz	6
Glasarbeiter	3	Tischlerei	2
Handlungshelfer	32	Tabakarbeiter	14
Hausangestellte	1	Tapezierer	2
Holzarbeiter	88	Textilarbeiter	1
Hutmacher	3	Töpfer	5
Hüttschner	2	Transportarbeiter	72
Lagerhalter	4	Rigatorenförmiger	19
		Zimmerer	17

Gewerkschaftlich unorganisierte oder gewerkschaftlich organisierte Besucher, bei denen die Angaben fehlten, waren 86 vorhanden. Von in Breslau und der Umgegend versprechen Gewerkschaften wurden bei den Dachdeckern, Fleischern, Gastwirtschaftshilfsgehilfen, Glaser, Kupferschmieden, Landarbeiter und Biologen keine Teilnehmer festgestellt. Dem Sozialdemokratischen Verein ihres Wohnortes gehörten von den Teilnehmern 660 an. Der

Rest war entweder politisch nicht organisiert, oder man hatte es unterlassen, auf den Zetteln diese Frage bejahend zu beantworten.

Der Verlauf der im Kursus empfohlenen Literatur durch die Buchhandlung der „Volkswacht“ — es wurden über 700 Bücher abgesetzt — beweist uns, daß eine Anzahl Besucher das Bestreben hat, weiter zu lernen. Für sie ist der Kursus eine gute Anregung gewesen, die die Bernbegier und das Lesebedürfnis erweckt. Dem Wunsche der Teilnehmer, einen Diskutierklub zu gründen, wird Rechnung getragen werden. Anmeldungen zu den Diskutierabenden sind ans Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II., zu richten.

#### Die Breslauer Konfektionschneider wachen auf!

In einer sehr stark besuchten Versammlung am Sonntag im Dreikaisersaal ist über die Arbeitsniederlegung Beschluß gefaßt worden. Die einzelnen Unternehmer haben die Lohnkommission mit ihren Forderungen an den Arbeitgeberverband vertrieben. Die Leitung desselben lehnte aber nochmalige Verhandlungen ab, wenn nicht die Forderung auf Auflösung der Löhne fallen gelassen wird. Mit anderen Worten: Der Arbeitgeber-Verband will nur dann einen Tarif abschließen, wenn dadurch keinerlei Lohnabschüttungen eintreten. Diese Verhöhnung der Arbeiterschaft ist nun das geeignete Mittel gewesen, die bisher so gebildigen Konfektionschneider aufzurütteln und in Massen der Organisation zuzuführen. In letzter Stunde haben einzelne Unternehmer mit der Kommission privatim verhandelt und Geneigtheit gezeigt, den Tarif anzuerkennen. Sie wünschten aber, daß sich die Schneider nochmals an den Arbeitgeberverband wegen Verhandlungen wenden; vielleicht wäre doch eine friedliche Einigung noch möglich. Nach sehr lebhafter Diskussion wurde beschlossen, diesen Weg zur Verständigung zu beschreiten, dann aber sofort in den Streik

### Die Presse und die proletarischen Frauen.

II.

Das Gesetz gilt nicht nur für die Männer des Proletariats, es gilt ebenfalls für seine Frauen. Der Kapitalismus hat sich ja in hohem Grade auch über die Schranken des Geschlechts hinausgebreit. Zu Millionen stehen heute die Proletarierinnen im Produktionsprozeß, losgerissen von Haushalt und Familie. Gießen die Phrasen von der Heiligkeit der Mutterhaft auch wie Honigheim von den Lippen mancher Parteiäer, für die Arbeitern sind sie oft schroder Hohn. Wenn darf sie ihren Schmerzenskindern die liebevollen Mütter sein? Wenn sie sie in grauer Freude aus dem Bettchen reißen muss, um sie bei kalten, fremden Leuten unterzubringen, während sie selbst im dumpfen, brausenden Fabriksaal steht, um ein langes Stück Brod für die hungrigen Mäuler zu erlagen? Die Proletariermutter als Bildnerin und Erzieherin der Jugend? Die zertretenden Frauen, für die der Staat und die Gesellschaft niemals die Mittel hatten, um sie in der Schule und im späteren Leben aus den Quellen des Wissens schöpfen zu lassen. Die müden Seelen, die zerwölkt sind, und die ihre Spannkraft verloren haben in dem grautigen Kompagnie ums Brod, dessen Etwas kaum aus den Verken Thomas Hood's so erschütternd klingt:

Schaffen! Schaffen! Schaffen!  
Sobald der Haushalt nach!  
Und Schaffen — Schaffen — Schaffen,  
Bis die Sterne glänzen durchs Dach!  
Bei Dezembernebel fühl!  
Bei des Lenzes sonnigem E—!  
Bis das Kind beginnt zu tollen!  
Bis die Augen springen wollen!  
Schaffen! Schaffen! Schaffen!

Für die Proletarierin hat kein Herrgott den siebten Tag zum Feiertag eingesetzt. Wenn sie den Kron des Kapitalisten auf ein paar Stunden entronnen ist, dann lassen ihr die Pfeile des Haushalts nicht Rast noch Ruh. Sie muß wischen und säubern und putzen, um nur das Roidürstige in Ordnung zu halten. Da bleibt ihr kaum eine Minute Zeit zum Stern holen, geschweige das ihr die Möglichkeit würde, Gelt und Genütt so zu bilden, wie es ihr und ihren Kindern nützlich und notwendig wäre. — Und doch ist es ein dringendes und zwangsläufiges Gefolgsatz für den Kämpfenden des Proletariats, daß

die Trägerinnen seiner Zukunft, die Frauen und Mütter bei Beschlüssen nicht länger in dumpfer Unwilligkeit und Indolenz datinleden und so auch Hemmschuh für unsere Organisationsarbeiten werden. Sie müssen zu tapferen, kläffenden bewußten Mütternwirthen erzogen werden, die mit uns in Reich und Glanz unter das rote Banner treten, die auch ihre Kinder zu uns führen. Wir allein kämpfen dafür, daß den sonnenbeschienenen Proletarienkinder eine sorglose, heitere Kindheit, eine schwere, gehalbvolle Jugend, ein menschenwürdiges Tochterleben mögen. Können wir, um zu diesem hohen Ziele zu gelangen, der treuen Mühle der Mütter entraten, die jene Kinder unter Schmerzen gebären, in batzen, herben Klümmern heranbildung müssen? Wir können es nicht. Und darum müssen wir diese Mütter selbst für ihre großen Aufgaben erziehen. Wir müssen den Jahrtausende alten finsternen Raum aus den armen Weiberhöfen verdrängen, müssen sie aus den dunklen Tiefen der Schrecklichkeit in das reine Höhenlicht freien Menschentums erheben.

Ein wirksames Mittel haben wir für diesen Zweck: Unsere Presse, dieser treue Freiheitsträger des Proletariats sie wird auch in unseren Tagen den Proletarierfrauen entzünden, der in jedem Menschen läßt, — den Drang nach Wissen. Die Proletarierin, die keine Zeit hat, die noch so reichen Schätze eines umfangreichen Buches sich zu eignen zu machen, sie wird sich dort die Minuten abschafen können, um ihre Zeitung zu lesen. Ihre Zeitung, ein Arbeiterblatt, das in ihrer eigenen ungefährdeten Sprache ihr schlicht erzählt von dem herzerbrechenden Zustand ihrer Klasse, das ihr in dem Leid und dem Elend unzähliger Namenloser ihr eigenes Leid und das ihrer Kinder aufzeigt; die schonungslos die kapitalistische Gesellschaft mit ihren elehaften Gebrechen an den Proletarier stellt und alle, die mühelig und beladen sind, aufruft zum Kampfe gegen den gemeinfamen Feind.

Es gibt bekanntlich noch eine andere Art von Presse, die von den herrschenden Volksberberern unterhalten und bestimmt ist, der Arbeiterschaft das klare Gesellschaftsleben zu tragen und zu vermitteln: die bürgerliche. Bei jedem Streik, bei jeder politischen Veranlassung fallen die bürgerlichen Blätter über das Proletariat und seine Führer her, um sie ihre Bestrebungen als lästerliche Klingelpinte nörtrischer Gauner hinzu stellen. Mit billigen Küchlein, hygienischen Bobbudeien und komödienhaften Traktatien suchen sie die Arbeiterklasse von der Bestechung des wirklichen Lebens abzuhalten, damit sie vergessen, sich saftige Früchte vom Baum der Erkenntnis zu schnappen. Jede Arbeiterin, die auf Ehre und Reinlichkeit hält, darf darum ein bürgerliches Blatt in ihrer Wohnung nicht dulden, weil sie sich für ihre Kinder verantworten.

Verdummen lassen darf. Das ist sie sich selbst, das ist sie ihrer ganzen Klasse schändig. Gerade für die Proletarierfrau gilt das Wort, das die tapfere Mutter Goethes einst geprägt hat: „Vom Baume der Erkenntnis kann man nicht genug Apfel essen.“ Erkenntnis tut Euch gut, Ihr Schwestern in Stadt und Land! Erkenntnis Eurer elenden Lage, damit Ihr lernen könnt, sie in eine bessere umzugestalten. Erkenntnis eures Werkes, auf daß Ihr in den Stand gelegt werdet, euch von der Gesellschaft die Achtung zu erzielen, die euch als gleichgewogene Menschen, als Frauen und Mütter, gebürtigt. Erkenntnis endlich eurer großen Pflichten, die Ihr gegen eure Kinder, eure Klasse, gegen die ganze Menschheit zu erfüllen habt. Vernetzt die Quelle beachten und schöpfen, die diese Erkenntnis euch erschließt, Proletarierinnen! Werdet denktet Eurer elterlichen, eurer Presse, sonst dafür, daß sie von allen euren Arbeits- und Leidensgenossinnen gelöscht wird. Dann werdet auch Ihr imstande sein, aus euren Kindern einst Menschen zu formen noch einem schönen, stolzenilde, die stark sind und führen, Blüte vom Himmel zu ziehen, um damit die Erde zu erhellen. Diese Lehren bürgt euch unter Kampf! B. S.

#### Aus aller Welt.

**Todesstürze in den Schweizer Alpen.** Im Laufe des vorgegangenen Tages sind in den Schweizer Bergen nicht weniger als sieben Personen zu Tode gestürzt. Am Großen Mythen bei Schwyz stürzten innerhalb einer Stunde drei Personen aus einer Höhe von 1905 Metern in Tode. Es handelt sich um einen Württemberger, namens Wachter, einen Bayern, namens Sommer, und einen österreichischen Topographen, namens Weber. Man vermutet, daß alle drei beim Blumenpflücken vom Wege abgekommen und über die steilen Bände abgestürzt sind. Die Leichen Wachters und Sommers, die furchtbar verkümmert sind, wurden bereits geborgen. Nach der Leiche Webers wird noch gesucht. Als vierter Todesopfer hat der Große Mythen den Seminarkreis Württemberg ausgetragen bei Zürich gefordert. Gegenstände, die ihm gehörten, wurden bereits gefunden, von ihm selbst aber noch keine Spur. Auch im Säntisgebiet sind zwei tödliche Bergsturzfälle vorgetragen. Dort stürzten zwei Touristen beim Blumenpflücken bis zum Fährlesee ab. Die Bergungsarbeiten dauerten bis in die Nacht hinein. Am Lütschinen-Wasserfall stand der Gletscher, namens Daubig, beim Wasserfall der Grande Dixence und war sofort tot.

**Die Spur der Männer Württembergs gefunden.** Nachdem von seinem Sohn einem früheren Abenteuer, das mit Kunden



## 319 neue „Volkswacht“-Abonnenten

sind am Sonntag bei der Agitation gewonnen worden. Das ist wieder ein deutlicher ermutigender Beweis dafür, daß die Arbeit unserer Genossen von Haus zu Haus immer erfolgreich ist. Die Zahl der neuen Leser wäre sicher noch höher, wenn sich mehr Genossen und Genossinnen zu dieser wichtigen Parteiarbeit eingefunden hätten.

Um nächsten Sonntag werden die Distrikte eine „Volkswacht“-Agitation betreiben, die am vergangenen Sonntag aus irgendwelchen Gründen nichts tun konnten.

### Gewerkschaftler, Parteigenossen, Arbeiterfrauen!

Auf Antrag der nachstehend verzeichneten sechs Bäckermeister hat das Breslauer Amtsgericht der „Volkswacht“ unter Androhung von Geldstrafe oder Haftstrafe untersagt, die Liste der tariftreuen Bäckermeister abzudrucken, die den Lohntarif des Verbandes anerkannt haben:

**Obermeister Hermann Brusog, Sandstraße 4,**

**Karl Fiebach, Friedr.-Wilhelmstr. 82,**

**Theodor Rosse, Gräbschenerstr. 71,**

**Friedrich Berger, Alzeyerstr. 88,**

**August Elsner, Neudorfstr. 80,**

**Karl Döhlinger, Gabitzstr. 49.**

**Genosse Louis Cohn gestorben.** Kurz vor Schluss der heutigen Nummer der „Volkswacht“ erreichte uns die traurige Nachricht, daß der Senior des Breslauer Sozialdemokratischen Vereins, Genosse Louis Cohn, im Alter von 89 Jahren heute vormittag verstorben ist. Wir kommen morgen auf diese Trauernachricht zurück und teilen heute nur mit, daß seine Bestattung am Freitag nachmittag stattfinden wird.

**Achtung, Armen- und Waisenpfleger!** Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, wird im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses eine Sitzung der Armen- und Waisenpfleger aus dem Kreise der Arbeiter abgehalten. Genosse Meukirch spricht über die Armenpflege in Breslau. Alle Arbeiter, die als städtische Armen- und Waisenpfleger tätig sind, werden ersucht, plünktlich zu erscheinen.

**Gemeindevertretung in Stabelwitz.** In der letzten Sitzung wurde die Jahresrechnung für 1910 gelegt. Die Einnahme der Gemeinde betrug 18.755,06 M., die Ausgabe 18.646,76 M., so daß ein harter Betrag von 148,30 M. geblieben ist. Die Abrechnung ist vom Revisor geprüft worden und die Vertreter sprachen die Entlastung des Gemeindevorsteigers aus. Über die Straßensäuberung wurde nicht beraten, weil ihre Verantwortung immer kurzzeitig an die Gemeinde übergeht. Man rügte, daß der Gemeinde-Vorsteher nicht die Anträge der vorigen Sitzung zur Erledigung vorgelegt hat. Es handelt sich dabei um die Beseitigung der Platten, die die Ueberlandzentrale in den Fußweg gestellt hatte und um die Untersuchung der unbewohnbaren Kellerwohnungen. Von den Vertretern fehlten zwei entschuldigt und zwei unentschuldigt; über die Unentschuldigten wurde eine Ordnungsstrafe verhängt. Die nächste Sitzung wird sich mit Anträgen über die Straßenreinigung am Orte, die Erhöhung der Hundesteuer und die Auflösung eines Steuererhebers beschäftigen.

**In der Waggonfabrik vom Linke-Pöbelwitz** haben Montag früh die Schlosser der Abteilung des Meisters Sternicke (Gestellbau) wegen zu niedriger Akkordlöhne die Arbeit niedergelegt; im Streit stehen 57 Männer, die alle organisiert sind. Zugang ist fernzuhalten.

**Verband der Friseurgehilfen.** Mittwoch, den 12. Juli, abends 9<sup>½</sup> Uhr Mitglieder-Versammlung im Restaurant zur „Stadt Wien“, Malergasse 26. Auch Kollegen, die noch nicht dem Verband angehören, haben Eintritt.

### Die Ortsverwaltung.

**Arbeit. Gesell-Metall-Branche!** Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokal von Philipp Kuoferstrichmiedestraße 22/23 „Goldenreiter Schwan“ Branden-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Unsere statistischen Erhebungen. 3. Branchenangelegenheiten. Wir bitten um recht zahlreichen Besuch.

### Die Brancheleitung.

**Achtung, Transportarbeiter!** Mittwoch, den 13. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es dringendste Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Der Käuflecke-Prozeß.** Die neue Klage der Frau Cecilia Meyer gegen den Grafen Käuflecke wird nicht mehr das Landgericht Polen, sondern das Landgericht Breslau beschäftigen, da Käuflecke nach Breslau gezogen ist. Der Termin war bereits auf den 28. September angefeixt, wird aber jetzt verschoben.

**Sommertheater.** (Lieblich's Etablissement.) Heute Dienstag wird das Operetten-Vaudville „Das Jungfernstück“ von Jean Gilbert zum vorletzten und morgen Mittwoch zum letzten Male aufgeführt. Heute Dienstag konzertiert im Garten das Breslauer Konzertorchester unter Leitung seines Dirigenten Handke. Donnerstag wird J. Seneys dreiläufige Operette „Das Beutnantenliebchen“, zu der Benno Sternberg die Musik geschrieben hat, zum ersten Male aufgeführt.

**Scala-Sommer-Theater.** Auch in Breslau errang der ehemalige Messingpuzer Otto Reinhard Popper mit seinem dem Leben abgelaufenen Schauspiel „Das Warenhaus-Fräulein“ einen großen Erfolg, daß „Das Warenhaus-Fräulein“ auch diese Woche noch auf dem Spielplan bleiben muß; es wird heut Dienstag bereits zum 11. Male gegeben und bis auf weiteres täglich 8<sup>½</sup> Uhr wiederholt.

**Lieblichshöhe.** Heute Dienstag Konzert der Stadt-Theater-Kapelle. Konzertleitung Herr Kapellmeister Rudolf Tissot. Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.

**Schützenwerber.** Morgen Mittwoch Konzert der Stadt-Theater-Kapelle. Konzertleitung Herr Kapellmeister Rudolf Tissot. Beginn 8 Uhr. Eintritt 25 Pf.

**Wegen einer Gasanschaltung** eilte die Feuerwehr am Montag abend gegen 10 Uhr nach der Matthäusstraße 48. Dort war ein Gaszähler undicht geworden und das Gas strömte in großen Mengen heraus. Die Feuerwehr zog Anstrengung der jüdischen Gaswerke zu Rate, die sofort die Hauptleitung absperren und den schadhaften Teil austauscheten.

**Ein Gas- und Gasbrand,** wie er am Sonnabend mittag zwischen dem Eisenbahndamm und der Bachstraße in Karlitz durch Funken einer Lokomotive hervorgerufen war,

entstand am Montag vormittag in der 10. Stunde an einer benachbarten Stelle wiederum aus derselben Ursache. Die Breslauer Landpolizei hatte dort wieder über eine Stunde zu arbeiten, um das schnelle umsichtgreifende Feuer zu löschen.

**§ Beschlagnahmung** wurde von der Polizei ein Lunist oder Milchleder genannter, aus stark vergoldetem Silber bestehender Teil einer Monstranz. Das wertvolle Stück führt offenbar von einem Kirchendiebstahl her und kam von dem Eigentümer aus dem Polizeipräsidium Zimmer 56 abgeholt werden.

**Denkmal-Beschädigung.** Ein Ohlauer steht das Clausenitz-Denkmal vollständig frei und ohne Umzäunung, weil man glaubte, daß der Schutz des Publikums ausreichen würde, um das Denkmal vor Schaden zu bewahren. Das hat sich aber leider nicht bewährt, denn die Denkmalsfassade sind schon jetzt zum Teil zerstört und mit farbigen Stiften beschriftet. Ja, man hat sogar versucht, einen erzernen Krantz loszulösen, und von der Denkmals-Inscriptio schlägt ein eigener Buchstabe, der herausgetragen wurde. Die Rüstung über das Denkmal soll deshalb härter ausgeübt werden.

**§ Einbruch in eine Restauratur.** In die Restauratur von August Garbe, Matthäusstraße 211, in in der vergangenen Nacht ein Dieb eingebrochen und hat ein Portemonnaie mit 9 M. und 4 M. loses Geld entwendet.

**§ Der Sohn als Einbrecher.** Im Laufe des Montags hat der 21 Jahre alte Dekorateur Moritz Wolf, Sohn des Handelsmannes Wilhelm Wolf, Hollestraße 14a, einen Schrank in der elterlichen Wohnung entbrochen und daraus zwei Tapetenschränke der Städtischen Hauptsparkasse, das eine über 1500 Mark, Nummer 835, das andere über 40 Mark auf Roja Wolf lautend, entwendet und ist seitdem aus der elterlichen Wohnung verschwunden.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

**Bögendorf, Kreis Schweidnitz, 11. Juli.** Der Vormarsch auf dem Lande. Eine öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel hat nun auch in Ober-Bögendorf stattgefunden. Es war die erste sozialdemokratische Versammlung, die in diesem entlegenen, langausgezogenen Dorfe abgehalten werden konnte, allerdings erst nach Überwindung mancher behördlicher Schwierigkeiten. Trotz des wenig bevölkerten Oberdorfs waren doch circa 120 Männer und Frauen aus Ober-Bögendorf und Seifersdorf erschienen und der fröhliche Beifall, den die Versammlten den Aufführungen des Rechernen während und nach dem Vortrage spendeten, bewies, wie sehr auch diese Dörfer mit den Aufführungen des sozialdemokratischen Redners einverstanden waren. In circa einstündiger Rede zeichnete Genosse Ziegler aus Breslau die Volksfeindschaft der bürgerlichen Parteien unter besonderer Beleuchtung der preußischen Wohlrechtschau. Nachdem eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen wurde, bekam die gut verlaufene Versammlung noch eine Anzahl Abonnenten auf die Parteipresse gewünscht. Auch bei einer in Bildern unterzogenen Rehabilitation wurden eine ganze Anzahl neuer Abonnenten gewonnen, sobald der Erfolg des Tages 8 „Volkswacht“-Leser und 12 „Proletarier“-Leser zu buchen stand. Es geht auch auf dem Lande vorwärts, trotz aller Scherereien mit den Behörden.

**Freiburg, 10. Juli.** Blumentag. Junge Mädchen aller Berufsklassen werden aufgefordert sich in den Dienst der Wohltätigkeit zu stellen und am 2. Juli gegen 10 Uhr unter Zeichen des Bürgerstolzes durch Verkauf von Blumen die Armut und das Glück zu besiegen. Es ist schon mehrfach an dieser Stelle auf die neuromantische Bettetelei hingewiesen worden, und so erachten auch wir die hiesige Arbeiterschaft, die Taschen zu erhalten. Die in dem betreffenden Aufzug unterzeichneten Damen und Herren ziehen täglich das graue Elend in Gestalt von ausgemergelten Fabrikarbeiterinnen an ihren Bällen vorübergehen und wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, deren Lage durch einen paar Pfennige Lohnzulage aufzuheben. Im Gegenteil bemüht sich die bürgerliche Gesellschaft, durch Verschlechterung der Sozialrechte, den im Dienste des Kapitals erwerbsfähig gewordenen Arbeitern und den Witwen und Waisen das Elend noch zu verschärfen. Die Arbeiter pfeifen auf eine solche Spekulative Wohltätigkeit, denn sie wissen ganz genau, daß damit in erster Linie die Taschen der Unternehmer gefüllt werden, welche die armen Blumenarbeiterinnen genau so ausbeuten, wie hier die Proletarierinnen in der Spinnerei ausbeutet werden. Deshalb, Arbeit, spart diese Groschen für den nächsten Reichstagswahlkampf! Wir wollen diesmal Männer in den Reichstag senden, die das redliche Bestreben haben, das Nebel bei der Wurzel anzufassen. Dann können die bürgerlichen Damen ihre Blumentage und Wohltätigkeitsbälle für sich arrangieren.

**Die Protest-Versammlung am Sonntag** Vormittag war leider nur mäßig besucht. Der Referent, Genosse Feldmann, forderte die Untertanen zu rostloser Tätigkeit zur Errichtung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wohlrechts für den Vandalus auf. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Striegau, 10. Juli.** Wieder eine Verfügung des Freiherrn d. Richthofen aufgehoben. Bei Ausbruch der Maul- und Klauenpest hatte der Landrat von Richthofen eine Verfügung erlassen, wonach die Abhaltung von Tanz- und anderen öffentlichen Aufzügen unterstellt wurde. Der Verein Striegauer Gastwirte und andere Korporationen hatten in einem Schreiben den Landrat um Aufhebung dieser Verfügung ersucht, aber ohne Erfolg. Die Unterzeichner des Schreibens wandten sich deshalb an den Regierungspräsidenten in Breslau. Daraufhin ist nun vom Landrat am den Vorsitzenden des Gastwirtverein folgender Bescheid eingegangen:

Auf Ihre Eingabe vom 24. 6. M. an den Herrn Regierungspräsidenten in Breslau hat dieser entschieden, daß es nicht angängig ist, lediglich wegen der herrschenden Maul- und Klauenpest die Abhaltung von Tanz- und anderen öffentlichen Aufzügen zu verbieten.

Es will dieses Jahr dem Herrn Landrat aber auch gar nichts mehr glücken.

**Amisborsteiner und Vereinsgesetz.** Genosse Langer hatte in Ingartsdorf einen Gartenzug zur Abhaltung einer Versammlung gemietet. Die Versammlung sollte am 16. 6. M. stattfinden, doch hielt der Besitzer nicht Dott aus gewissen Gründen. Auf das Geuch um Genehmigung dieser Versammlung erhielt Genosse Langer vom zuständigen Amtsbesitzer in Konradswalde folgenden Bescheid:

Auf Ihre Schreiben vom 3. 6. M. erwiederte Ihnen, daß der..... aus Ingartsdorf hier schriftlich angezeigt hat, daß er seinen Garten unter keinen Umständen zur Abhaltung einer politischen Versammlung zur Verfügung stellt. Demnächst bin ich also nicht in der Lage, Ihnen die nachgefragte Genehmigung zu erteilen.

### Der Amtsvorsteher.

Gegen diese ungesehliche Verweigerung der Genehmigung wird Beschwerde geführt, damit der Herr Amtsvorsteher darüber belehrt wird, wo seine Befugnisse aushören.

**Gästlichkeit.** 10. Juli. Hier fand am Sonntag im Garten des Bauerns eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Langer wies zunächst darauf hin, daß der Letzterismus im weiteren Gegenseitigkeit es zu Wege gebracht habe, daß sich die Genossen enger zusammenschlossen und sich ein eigenes Gründen für

laufen, um sich versammeln zu können, was bisher infolge Sozialabstreberei von gewissen Leuten unmöglich war. Genosse Feldmann sprach sodann über das preußische Dreiklassenhaus, dessen Vergangenheit und das elendste aller Wahlgelehrte. Er schloß noch insbesondere, wie Zentrum und Nationalliberalen es zu Wege gebracht haben, daß der freistimige Antrag um Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Abgeordnetenhaus abgelehnt wurde. Ferner sprach Genosse Feldmann über die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien unter lebhaftem Beifall der Untertanen. Sieger meldeten sich nicht zum Wort. Die vorgelesene Resolution gegen die Dreiklassenrechtsfrage wurde einstimmig angenommen. Mit einem begeistert angenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß Genosse Langer die Versammlung. Ein Teil der Mitglieder des Striegauer Gesangvereins „Vorwärts“ ließen zum Schlusse ihre Freiheitslieder erklingen, was die Untertanen noch eine letzte

Schneidenmühl, 10. Juli. Eine Interpellation über die Typhusepidemie wurde in der letzten Stadtvorordneten-Versammlung eingereicht. Der Interpellant fragte, ob die städtischen Behörden die nötige Vorsorge getroffen hätten, um die so rabide Verbreitung der Epidemie zu verhindern; wenn dies der Fall sei, warum dann die Behörden die Ablösung verschiedener größter Vereinsfestsitten sowie des Blumentages geduldet hätten. Der Oberbürgermeister Dr. Krause erwiderte, daß die Behörden alle Maßnahmen getroffen hätten, um eine Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Am Sonnabend, den 17. Juni, seien nur einige Typhusfälle bekannt gewesen, von denen niemand, auch die Ärzte nicht, angenommen hätten, daß sie zu einer allgemeinen Epidemie führen könnten. Es habe deshalb auch keine Veranlassung vorgelegen, den Blumentag am 18. Juni zu verbieten. Erst am Montagabend sei eine überraschend große Zahl von Typhusfällen zur Anlage gelangt und innerhalb der nächsten vierzehn Tage seien durchschnittlich vierzig Krankenfälle zu konstatieren gewesen. Die Epidemie sei übrigens im Elbtal begriffen, und das beweise wohl, daß die Behörden ihre Pflicht getan hätten. — Die Behörden mögen gewiß frei von Schuld sein an der Entstehung und Verbreitung der Epidemie; nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters erachtet sich aber, daß unmittelbar nach dem Blumentage die Ausbreitung der Seuche einsetzte, daß also durch den Blumentag die Typhusepidemie wenn auch nicht erzeugt, so doch aber verbreitete worden ist.

### Neueste Nachrichten.

#### Zur Marokko-Angelegenheit.

**Paris, 11. Juli.** „L'Auto“ schreibt: Die französische Regierung ist von dem bisherigen Gang der Unterhandlungen und dem Verlaufe der ersten Unterredung, welche zwischen dem französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon und dem Deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Almes Herrn von Kiderlen-Wächter gepflogen werden, sehr befriedigt. Nähtere Einzelheiten über den Verlauf der Unterredung werden, so scheint das genannte Blatt, für heute erwartet und sind von Herrn Cambon mittels eines Spezialfouriés nach Paris gesandt worden. In Berlin und auch in Paris ist beschlossen worden, vollständig Geheimnis über das Ergebnis der Unterredungen zu bewahren. Nichtsdestoweniger glaubt der „Auto“ mitteilen zu können, daß die französische Regierung entschlossen ist, Deutschland hinsichtlich der Kompenstationen das größte Entgegenkommen zu zeigen.

**Paris, 11. Juli.** Einige Abgeordnete halten bedächtig, den Minister des Außenwesens De Selva über die jetzige Marokkolage zu interpellieren. Diese Ansage sollte bei Beginn der heutigen Kammer sitzung stattfinden. De Selva wird jedoch dem Hause erklären, daß angefischt der Fallache, daß die Verhandlungen augenblicklich noch in der Schwere und lange noch nicht abgeschlossen sind, es nicht wünschenswert erscheine, bereit jetzt die Beratungen über die Marokkofrage zu beginnen.

**Paris, 11. Juli.** „Echo de Paris“ berichtet auf Grund von Informationen aus bester Quelle: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika wären in Berlin vorstellig geworden, daß die Gründung einer deutschen Kolonialbasis an der atlantischen Küste Marokkos die amerikanischen Interessen ganz erheblich gefährdeten würden. Die Vereinigten Staaten würden darin eine Gefahr für die Sicherheit des Panamakanals erblicken. Die amerikanische Regierung hat es für notwendig befunden, hinzuzufügen, daß angesichts der Tatsache dieser Gefährdung die Vereinigten Staaten sich den englischen Standpunkten anschließen müssten.

**Boulogne, 11. Juli.** In politischen Kreisen wird das Verhältnis Englands zu Deutschland infolge der durch das deutsche Einmarsch in Marokko geschaffenen neuen politischen Lage immer noch lebhaft erörtert. Man ist jedoch in parlamentarischen Kreisen allgemein der Ansicht, daß Deutschland die Entsendung des Kreigschiffes nach dem Hafen von Agadir nur deshalb so plötzlich unternahm, um seine doch immerhin nicht geringen wirtschaftlichen Interessen zu wahren, daß Deutschland keineswegs auf einer Gebietsforderung in Marokko bestehen würde, schon deshalb nicht, damit schnell ein Einvernehmen zwischen Deutschland und den anderen in Marokko schließlich noch mehr interessierten Mächten ergiebt werde. Englands Aufgabe sei es, in dieser kritischen Periode scharf darauf zu halten, daß es bei den Unterredungen nicht ausgeschaltet werde.

#### Stürmische Kammer sitzung.

**Paris, 11. Juli.** Bei der gestrigen Kammer sitzung kam es in den Abendstunden während der Rede des Abgeordneten Colly, unisizierter Sozialist, der die Regierung wegen ihrer Haltung zur Eisenbahnerfrage schwer angriff, zu Zwischenrufen der bürgerlichen Radikal-Sozialisten und den unisizierten Sozialisten wurden Schimpfworte ausgetauscht. Das Durchmischen, in dem niemand zu Worte kommen konnte, dauerte mehrere Minuten lang ununterbrochen fort. Im tumult sprang der Abgeordnete Matzner auf und auf den Abgeordneten Lauchs mit geballten Fäusten zu. Zwischen beiden kam es zu einem Handgemenge. Die Beamten des Hauses versuchten vergebens, zu intervenieren, so daß die Sitzung vom Vorsitzenden schließlich ganz aufgehoben und die Tribünen vollständig geräumt werden mussten. Nach Wiedereintritt in die Verhandlungen setzte als erster Redner Colly seine heftigen Angriffe gegen die Regierung fort. Schließlich verlangte Lauchs die einfache Tagesordnung und das Vertrauen des Hauses. Das letztere wurde der Regierung mit einer Majorität von 360 Stimmen zugesprochen. Die Kammer beendete ihre Debatten um 10<sup>½</sup> Uhr abends unter stürmischem tumult. Die Kammer verwarf im Verlaufe dieser Sitzung mit 475 gegen 98 Stimmen den Antrag auf unbedingte Begnadigung der wegen der Unruhen in der Champagne bestrafsten Winger.

#### Wasserstands-Nachrichten der Ober-

Wasserstand	11. 7.	11. 8.



# 2. Beilage zu Nr. 160 der „Volkswoche“.

Mittwoch, den 12. Juli 1911.

## Literaturverzeichnis

zum Kursus des Genossen Dr. Dunker über:  
„Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.“

Allgemeine Literatur (Programmerläuterungen).	
1 Rautsky-Schönland: Grundsätze und Fortsetzung. 1910	0,10 M.
1 Braun: Ziele und Wege. 1908	0,20 "
2 Liebknecht: Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.	0,25 "
1 Marx-Engels: Das kommunistische Manifest. 1906. (Hamb. Ausg.).	0,10 "
1 Danneberg: Das sozialdemokratische Programm. 1910. (Wien)	0,40 "
2 Kampfmeier: Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturrevolution. 1907	0,50 "
2 Rautsky: Das Erfurter Programm. (Hamb. Ausg.) (3 Hefte) zusammen	0,30 "
Zu Kapitel 1: Die philosophischen Grundlagen des Sozialismus.	
2 Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang seiner Philosophie	0,50 M.
1 Engels: Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. (Hamb. Ausg.)	0,10 "
B Engels: Umnutzung der Wissenschaft durch Eugen Dühring.	3,00 "
Plechanow: Grundprobleme des Marxismus	0,50 "
Adler: Marx als Denker	1,20 "
Roland-Holst: Die Philosophie Josef Dietzgen. 1910. (München)	1,00 "
Müller-Lyer: Der Sinn des Lebens. (München, Lehmann.) 1910	4,00 "
2 Pannetoe: Marxismus und Darwinismus. 1909. (Leipzig)	0,25 "
Renard: Ist der Mensch frei? (Reclam)	0,40 "
Feuerbach: Das Wesen der Religion. (Leipzig, Kröner.) 1908	1,00 "
Graefel: Welträtsel (Taschenausgabe)	1,00 "
Zu Kapitel 2: Die wirtschaftlichen Lagen des Sozialismus.	
1 Parvus: Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum.	0,25 M.
2 Parvus: Ideenkampf gegen den Sozialismus. Die kapitalistische Produktion und das Proletariat	0,20 "
Parvus: Die Banken, der Staat und die Industrie (Dresden, Kaden)	0,30 "
1 Marx: Lohnarbeit und Kapital.	0,25 "
B Vandervelde: Die Entwicklung zum Sozialismus.	0,50 "
B Sombart: Das Proletariat (Frankfurt, Rütten u. Löning)	1,50 "
Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches für 1910	2,00 "
Bernstein: Die Natur und die Wirkung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung	0,20 "

Dietz: Zur Frage des Muster- und Säuglingschutzes. 1911. (Leipzig)	0,10 M.
Dunder: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe (bei direktem Bezug vom Verlag Stuttgart, Dietz)	0,25 "
Schneider: Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie. (Hannover 1911)	1,00 "
Sommerfeld: Schwindfurcht der Arbeiter. 1911.	0,25 "
Zum Kapitel 3: Die Sozialdemokratie als politische Bewegung.	
B Mehring: Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie	20,00 M.
Mehring: Gründung der Deutschen Sozialdemokratie. 1903	0,40 "
Auer: Von Gotha bis Wybren. 1901	0,20 "
Lassalle: Das offene Antwortschreiben	0,40 "
2 " Das Arbeiterprogramm. Hamburger Ausgabe	0,10 "
2 Lassalle: Über Verfassungswesen. Hamburger Ausgabe	0,10 "
Bebel: Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag 1909	5,00 "
Handbuch für sozialdemokratische Wähler. 1893-98	3,00 "
Handbuch für sozialdemokratische Wähler. 1898-1908	3,00 "
Handbuch für sozialdemokratische Wähler. 1906	1,50 "
B Engels: Entwicklung der Familie, d. Privat-eigentum u. d. Staates	1,50 "
B Wengler: Neue Staatslehre (Jena, Fischer) Volkspolitik. 1906	2,00 "
Ratgeber für die Konservativen im deutschen Reichstag. 1903. Leipzig, Schubring	1,00 "
Städtl: Warum ich kein Sozialdemokrat bin. 1910. München	0,50 "
B Lange: Die Arbeiterfrage	1,50 "
2 Frank: Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags 1911	0,50 "
2 Mehring: Deutsche Geschichte. II. Teil. 1911.	1,25 "
Zu Kapitel 4: Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie.	
Teil 1: (Wahlrecht, Militarismus, Kolonialpolitik, Frauenrecht, Religion, Schule, Rechtspflege) (vergriffen) Bebel: Die Sozialdemokratie und das Allgemeine Stimmberecht	0,20 M.
Götsche: Das Reichstagswahlrecht und seine Gegner. 1903. Leipzig, Lipinski	"
B Pönsig: Das Wahlrecht 1909. (Leipzig, Teubner)	1,25 "
2 Rautsky: Parlamentarismus und Demokratie	0,50 "
B Grabnauer: Verfassungswesen und Verfassungskämpfe. 1910.	3,00 "
Rautsky: Patriotismus und Sozialdemokratie. 1907	0,20 "
(vergriffen) Bebel: Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr. 1898	"

1 Die Sozialdemokratie und das Heer. 1910	0,10 M.
2 Parvus: Kolonialpolitik und der Zusammenbruch	0,50 "
Rautsky: Sozialismus und Kolonialpolitik. 1907	0,50 "
Göhre: Kirche, Schule und Arbeiter	0,15 "
Pannetoe: Religion und Sozialismus	0,30 "
B Schulz: Schulreform der Sozialdemokratie	2,00 "
" Sozialdemokratie und Schule	0,80 "

Zu Kapitel 5: Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie.

Teil 2 (Steuern und Zölle).

2 Wurm: Finanzgeschichte des Deutschen Reiches. 1910 (Hamburger Ausgabe)	0,20 M.
2 Lebensmittelverteuerung und Warenwucher. 1910	0,10 "
Kinzigform. 1909 (1910)	5,00 "
Renner: Das arbeitende Volk und die Steuern. Teil I. 1909. (Wien)	0,50 "
Karski: Die Brandstiftung des Volkes durch indirekte Steuern	0,25 "
Bauer: Die Teuerung. (Wien)	0,80 "
Bernstein: Die neuen Reichssteuern. 1908	0,30 "
Lassalle: Die indirekten Steuern	0,60 "
1 Die indirekten Steuern und Zölle. 1911	0,10 "

Zu Kapitel 6: Die Eroberung des Klassenstaates.

B Rosenthal: Generalstreit und Sozialdemokratie. 1906	1,50 M.
2 Pannetoe: Die tatsächlichen Differenzen in der Arbeiterbewegung (Hamb. Ausg.)	0,10 "
1 Rautsky: Die soziale Revolution. 1907	0,70 "
1 Der Weg zur Macht. 1910 (Hamburger Ausg.)	0,10 "
Parvus: Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus. 1910	0,25 "
Parvus: Der Sozialismus und die soziale Revolution. 1908	0,25 "
Luxemburg: Sozialreform oder Revolution	0,50 "
Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus	2,00 "
Rautsky: Bernstein und das sozialdemokratische Programm	2,00 "
1 Braun: Die Gewerkschaften 1911. (Wien)	0,60 "
Rautsky: Die tatsächlichen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie	0,25 "

Zum eröffnungs: Die wegen ihrer Wichtigkeit und Volligkeit für den Hörer dieses Kurses in erster und zweiter Linie zur Anschaffung empfohlenen Schriften sind mit den vorgelegten Zahlen 1 und 2 gekennzeichnet worden. Schriften, die mindestens für die Vereinsbibliothek in Frage kommen, sind mit B hervorgehoben worden.

Die beigefügten Preise sind, soweit es sich um Hamburger Ausgaben handelt, Vorzugspreise, die bestensfalls nur für den geschlossenen Kreis der Unterrichtsteilnehmer in Frage kommen können.

Fürsorge in einigen französischen Städten, besonders in Paris, eingeleitet zu sein, denn die ausgestellten Modelle im französischen Hause lassen auf eine großzügige Versorgung mit Kindern schließen. Doch auch Duisburg, Malmö und andere Städte noch sind darin vorgegangen. Da diese Art Fürsorge, besonders auch die Stipendien, die Kindersterilität eingeschränkt hat, gelten die tatsächlichen Nachweise.

Zu den sozialhygienischen Aufgaben der Schule gehört vor allem auch die Schulhygiene, deren Mittelpunkt der Schularzt sein muss. Vor allem müssen aber auch Schulhäuser, lösliche Schulräume abwechslungsreiche vorhanden sein. Die Ausstellung führt uns Musterküchen verschiedener Art vor und berichtet auch über die schulärztliche Fürsorge. Die Städte Göteborg und Straßburg machen uns mit ihren maßregulären ausgestatteten Schulzähnläufen näher bekannt, wodurch sie die meisten Großstädte in den Schatten stellen. Eingeschend wird über die Erfolge und die Wirksamkeit der Küchen durch statistische Angaben berichtet. Es hat sich ergeben, daß die Schulkinder-Erkrankungen infolge der Wirksamkeit der Schulzähnläufe wesentlich zurückgegangen sind und die Hilfe der Eltern eine solche fürchten ist. An anderer Stelle wird gezeigt, wie verschiedene Städte die Krankheit der Schulkinder durch Waldschulen zu bekämpfen suchen. Darauf schließt sich die Darstellung des Unterrichts für schwachbehinderte Kinder in besonderen Klassen, ferner wird gezeigt, wie Kinder durch schlechtes Ecken und unzureichende Schulbänke Rückgratverkrüpplungen bekommen und falsche Haltung beim Lesen künstlich erzeugt.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspflege gehört die Kanalisation, die wir in einer besonderten Halle finden. Durch eine große Anzahl Modelle wird hier zunächst gezeigt, daß die Krankenanstalten heute durchgängig nach Art der Gartenhäuser gebaut werden und man von den Krankenanstalten gänzlich abkommen ist. Das Innere der Krankenhäuser ist aber nicht systematisch dargestellt. Nicht einmal ein musterhaft eingerichtetes Krankenzimmer hat man vorgeführt; nur ein Geburzszimmer und ein Raum für Wöchnerinnen ist zu sehen, der mit allen möglichen Hilfsmitteln ausgestattet ist und wohl als Muster gelten kann. Sonst ist die Krankenpflege nur durch einzelne Einrichtungen, Apparate usw. veranschaulicht. Die ist zu größten Teilen noch in der Industrie Abteilung jungen müssen. Krankenautomobile finden wir in großer Zahl mit verschiedenen Einrichtungen. Von den Krankenbetten sehen wir einfache mit federnden Unterlagen, solche mit Streckvorrichtungen und Hebeapparaten, die es ermöglichen, daß Schwerekranken beim Berichten von Bettläufsen leichter gehen können. Solche sind schmerzlos von ihrem Lager etwa 1/2 Meter gehoben werden können. In Verbindung mit der Krankenpflege seien die Sanitätszäune genannt, die vollständig ausgestaltet sind und einen Eindruck in das Wesen dieser Reinigungsorganisationen gewinnen.

Dort haben wir weitestens in kurzen Aussichten die sozialhygienischen Aufgaben der Gemeinden beleuchtet, die auf der Ausstellung vertragsmäßig gehandelt haben. Noch möchte zu erwähnen; wir müssen uns aber mit dem Versuche beschäftigen, in großen Augen ein Bild davon zu geben, welche Bedeutung die Süßdroschken für die Volksgesundheit hat und wie diese Seite der Gesundheitspflege auf der Ausstellung vertreten ist.

## Internationale Hygieneausstellung.

### Gesundheitspflege in der Gemeinde.

(Schluß.)

Mit der Ableitung der Schmutzwässer aber ist es noch nicht getan. Es muß auch verhindert werden, daß sie die Flüsse verfeuern, in die sie eingelaufen werden; die Abwasser müssen daher vorher gereinigt werden, was heute in den meisten Städten bereits durch Gesetz vorgeschrieben ist. Dazu müssen besonders die großen Städte Kläranlagen schaffen. Es gibt, was wir auch auf der Ausstellung sehen können, drei Systeme der Schmutzwasser-Reinigung, das mechanische, das chemische und das biologische Verfahren. Ersteres besteht darin, daß das Wasser durch rotierende, sehr durchlöcherte Scheiben oder auch bewegliche Reichen mit engen Durchlässen gereinigt wird. Die kleinen Deckschichten lassen wohl das Wasser, aber nicht die Schmutzstoffe durch. Die mechanische Reinigung ist gegenwärtig in den meisten Großstädten eingeführt. Die chemische Reinigung (durch Eisenflockung) hat von den Großstädten nur Leipzig angewandt, und die biologische Reinigung, die in der Hauptstadt auf Rieselfeldern vor sich geht, ist besonders in Berlin und Umgegend vorherrschend, wo der Boden hierfür günstig ist. Wie sehen in der Ausstellung die verschiedenen Systeme der Schmutzwasser-Reinigung in Modellen vor, darüber erregen die größte Aufmerksamkeit die auch in Dresden eingeführte Riesentheke, die wir auch in Tätigkeit sehen, und das Hamburger Rechen-System. Die Rieselfelder veranschaulicht besonders die Stadt Charlottenburg durch ein großes Modell, auf dem auch Angaben über die Rentabilität dieser Anlagen angebracht sind. Ein komplizierteres Reinigungsverfahren ist in der Regel bei den Abwassern aus Färbereien, Bleichereien, Strohholzfabriken und anderen Betrieben nötig. Da muß das Wasser durch mehrere Klärtheke, Ueberlauffässer und Filteranlagen gehen, ehe es seine schwarze Farbe nur einzigermaßen verliert. Die Erfolge der verschiedenen Reinigungssysteme werden durch eine Anzahl Wasserproben zu veranlagten Versuchen, die aber allein einen Schluß darüber nicht zulassen, welches das beste System der Abfallwasserreinigung ist. Ferner wird die Einwirkung der Abwasser auf das Flußwasser und gleichzeitig auf die selbstreinigende Kraft des fließenden Wassers behandelt und dargestellt.

Nieder die große Bedeutung einer einwandfreien Wassererversorgung für die Volksgesundheit ist wohl heute niemand mehr im Zweifel, seitdem Bettelroß in München gezeigt hat, daß die regelmäßigen Typhusepidemien durch eine Gebirgs-wasserleitung glatt zu besiegen waren, und andererseits die Cholerarepidemie in Hamburg in erstaunlicher Weise dargestellt hat, welche traurige Folgen schlechtes Trinkwassers zeitigten kann. Wo Grundwasser in genügender Menge angetroffen wird, wird man solches zur Wasserversorgung benutzen. Es ist aber nicht überall in genügender Menge vorhanden, vielmehr ist es auch wegen Säure oder zu großen Eisengehalten nicht ohne weiteres als Trink- oder Kochwasser verwendbar. Da sind Entfernungsmäßig gesorgt werden, noch besser aber ist es, wenn den Münzen das Säubern der Kinder ermöglicht werden kann. Anfangs dieser Art sozialhygienischer Wirklichkeit sind ja vorhanden. Es werden in verschiedenen Städten Stoffprämien gehoben, in anderen wird sterilisierte Kindermilch unentgeltlich oder zu niedrigen Preisen abgegeben. Es werden ins Sterilisationsanlagen vorgeführt, die Städte unterhalten. Umfassend scheint diese Art

## Jahresversammlung des Centralverbandes der Ortskranenkassen.

Dresden, den 9. Juli 1911.

Die Vorversammlung am Sonntag wurde mit einigen beginnenden Worten durch den Vorsitzenden der geschäftsführenden Kasse, Dr. Fäßbörß-Dresden, eröffnet. Die schon mitgeteilte Tagesordnung wurde mit einigen unverstehlichen Veränderungen gegeben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Die Anpassung der Ortskranenkassen an die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, der den Kongress in der Hauptstrecke ausfüllen dürfe, werden folgende Einzelheiten gehalten:

Behördenorganisation: Ansicht, Rechtshilfe und Strafsozialität. Referent: Justizrat Dr. Meyer-Frankenthal.

Umwandlung der Versicherung. Referent: Bureauvorstand Freytag-Dresden.

Gegenstand der Versicherung. Referent: Kassenvorsteher Wittich-München.

Mahnahmen zur Verhütung von Krankheiten. Referent: Albert Cohn-Berlin.

Kräfte der Krankenversicherung; Kassenverbände. Referent: Vollender-Leipzig.

Die Verfassung. Referent: Gräf-Frankfurt a. M.

Das Beamtenrecht (Dienstordnung). Referent: Justizrat Dr. Meyer-Frankenthal.

Verwaltung der Mittel; Verhältnis zu den Ärzten u. c. Referent: Stadt Dresden.

Befondere Berufszweige. Referent: Albert Cohn-Berlin.

Haushaltplan und innere Einrichtung. Referent: Freytag-Dresden.

Unter lebhafter Zustimmung erklärte Fäßbörß, daß es sich auf dieser Jahresversammlung nicht darum handle, die Reichsversicherungsordnung zu bestimmen, sondern zu beraten, wie man sie mir der Materie abzusindern habe.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Bericht des Tarifamts und Entschließung über die weitere Gestaltung der Tarifgemeinschaft liegt ein Antrag vor, zur Vorberatung eine neu gegründete Kommission zu wählen. Nach längerer Debatte wird dieser Antrag angenommen. Die geschäftsführende Kasse hat den Vorschlag gestellt, die Tarifgemeinschaft auf zwei Jahre zu suspendieren. In die Kommission werden von Arbeitgeberseite drei, von Arbeitnehmerseite sechs Vertreter gewählt; außer diesen Vertretern nehmen die Vertreter des Tarifamts und der geschäftsführenden Kasse an den Vorberatungen teil.

Als Vorsitzende des Kongresses werden Fäßbörß-Dresden, Wittich-München, Böller-Köln (Vertreter), als Schriftführer Heiden-Frankfurt a. M., Riem-Dresden, Eichstädt-Weimar und Wittenau-Hamburg ernannt.

Damit ist die Versammlung geschlossen.

Dresden, den 10. Juli 1911.

Der Kongress des Centralverbandes der Ortskranenkassen Deutschlands wurde am Montag Morgen unter zahlreicher Beteiligung eröffnet. Es sind etwa 300 Delegierte erschienen. Zum Reichsversicherungsamt ist der Regierungsrat Dr. Kappé, vom Reichsministerium des Innern und der Landesversicherungen, anstalt Herr Geheimrat Krieger, von der Reichskanzleramtsstadt Dresden ist Regierungsrat Freiherr von Herber, von der Stadt Dresden der Stadtrat Dr. Reinhardt anwesend. Ferner sind Vertreter österreichischer und ungarischer Kranenkassenverbände auf dem Kongress erschienen.

Der Vorsitzende Fäßbörß eröffnete im Auftrage der geschäftsführenden Kasse Dresden den Kongress und wies nach der Begrüßung der Behörden auf die wichtige sozialpolitische Tätigkeit des Centralverbandes hin. Erst aller Verhandlungen haben die Vertreter der Kranenkassen in der Vergangenheit zur Arbeit geleistet; sie würden das auch trotz der Reichsversicherungsordnung im Zukunft tun. Es sei eine wahrhafte soziale und nationale Tarif, die breiten Massen des Volkes wirtschaftlich, sozial und fachlich zu helfen. Es wäre jetzt nicht an der Zeit, zurück zu gehen, man müsse sich vielmehr mit den Bestimmungen des neuen Gesetzes abfinden. Redner befürchtet dann das Verhältnis zu den Ärzten. Diese würden mit der Reichsversicherungsordnung nicht zufrieden, weil sie nicht auf ihre Bedürfnisse gekommen sind. Die Ärzte drohen den Kämpfen gegen die Kranenkassen an, aber die Kassen würden diesen annehmen, sie werden mit allen Mitteln die Rechte der Versicherer wahren. Redner hofft, daß die Ärzte dabei die Unterstützung der Behörden haben werden.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Gaußmann, erklärte, daß das Reichsversicherungsamt besteht, um beide, mit den Kranenkassen zusammen zu arbeiten. Er hoffte, daß ein gutes Einvernehmen zwischen Kranenkassen und Reichsversicherungsamt in Zukunft vorhanden sein werde.

Stadtrat Dr. Reinhardt begrüßt den Kongress im Namen der Stadt Dresden und würdigte die große Bedeutung der Kranenkassenversicherung.

Justizrat Meyer-Frankenthal referierte über den Aufbau der Behördenorganisation. Der Kammel sei nun vorüber, die freudige einer großzügigen sozialen Verpflichtung hätten eine Heimat eröffnet. Die Vertreter der Kranenkassen hätten bisher großes für den Ausbau der Kranenkassen geleistet, sie würden das jüngst auch in Zukunft weiter tun. Redner spricht dann die einschlägigen Paragraphen der Reichsversicherungsordnung in ihrer Weise. Unter anderem weiß er darum hin, daß die Aufsichtsbehörde kein Recht habe, den Beamten und Angestellten religiöse oder politische Meinung vorzugeben. In der Debatte befürwortete ein Vertreter aus Darmstadt, daß dort ein Vorsitzender einer sozialen Betriebskundendoktoren-Arbeitsgruppe in die innere Betriebsverwaltung eingesetzt hätte, der wieder keinen noch schreiben könne. Das zeigte davon, wie die höheren Beamten ihre Unabhängigkeit aufzuhalten.

Weiter Mahnungen zur Verhütung von Krankheiten spricht der Redner der Berliner Kranenkassen-Kasse, Albrecht Cohn, in einem der großen sozialen Geschäftsräumen getragener Referat. Die Bevölkerungsverhältnisse des Betriebsarbeiterverbands über die gesundheitlichen Ergebnisse in den einzelnen Gewerken zeigten, wie optimistisch es zu sein scheint. Es sei unzweckmäßig, daß die Kranenkassen ihre Aufgaben nicht bei einer sozialen Versicherungsumstellung zu verlieren. Die Ergebnisse der Sozialpolitik, und die Entwicklung der Industrien sei eine unverzichtbare Hilfe. Redner empfiehlt auch den Zugang der Kranenkassenkontrolle nach der Beteiligung der Beamten daran. Ferner sei es ratsam, Ausschreibungen über die Gefahren des Alltagslebens, der Industrie und der Betriebsarbeiter zu veranstalten. Auch der Wohnungsbau sollte unverzichtbare Aufgabe sein. — Die Konsequenzen des Referates werden von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit und mit höchstem Beifall aufgenommen.

Zu der Debatte stellt der Delegierte Fäßbörß-Sonneberg auf das Beispiel der Chemnitzer Kasse hin, die den kleinen Kranen vom Markt in Wohlfahrtsanstalten herangezogen habe.

Neben den Gesprächsbeiträgen der Versicherung steht Wittich-München. Er fordert die Sanierungsleisten, den Rücken der Selbstregulierung. Es fehlt da in der Sprechweise an dem großen Gehalt. Im folgenden trifft aber auch er die wichtigsten Maßnahmen ein.

Nach einigen gesprochenen Minutenen wird der Kongress um 2 Uhr geschlossen. — Dienstag Nachmittag findet eine Debatte über die Tarife statt.

## Parteiangelegenheiten.

Sozialdemokratischer Tag. Bei den Stadtratswahlen in Stuttgart in vielen sozialdemokratischen Kreisen einen gewaltigen Sieg. Bei den Stadtratswahlen

gewinnt. Zu ihnen gelten die sozialen Sozialdemokraten in den Kreisbürgern Stadtrat ein.

Reichstagskandidaturen. Im zweiten wahlkreis Reichstagswahlkreis Eisenach-Dembach wurde von der Jahresversammlung der bisherige Abgeordnete Genosse Eber-Jena einstimmig wieder als Reichstagskandidat aufgestellt. Von der Besichtigung des Parteitages soll, mit Rücksicht auf die Vorbereitung der Kostensatz zur Reichstagswahl, abgesehen werden.

## Arbeiterbewegung.

### Riesenansperrungen in Norwegen und Schweden.

Die Centralorganisation der norwegischen Unternehmer hat soeben angeordnet, daß am 8. Juli alle Arbeiter der Sägemühlen, Töpfereien, Zellulose- und Papierfabriken und Glas- und Porzellanfabriken, insgesamt 16.000 Personen, ausgesperrt werden. Am 15. Juli sollen folgen: Sämtliche Arbeiter der Eisenindustrie, der elektrischen Installationen, sowie die Arbeiter einiger Papierfabriken, die am 8. Juli noch nicht ausgesperrt werden können. Insgesamt werden also am 15. Juli 32.000 Arbeiter in 235 Industriebetrieben ausgesperrt sein.

Die Ursache dieser Ausperrung bildet der Konflikt im norwegischen Eisenbergbau. Bereits vorheriges Jahr waren zwischen den organisierten Bergarbeitern und zwei Grubenfirme abgeschlossen worden. Die zentrale Unternehmervereinigung schied sich indes, diese Tarife zu sanktionieren, „weil die Löhne sowohl zu hoch, als zu detailliert waren.“ Stattdessen kündigte die Unternehmervereinigung sämtliche Bergwerksverträge. Die eingeleiteten Verhandlungen wurden von den Unternehmern endlos in die Länge gezogen, bis am 16. Mai schließlich das Landessekretariat der Gewerkschaften bei der endgültigen Feststellung der Forderungen der Bergarbeiter erklärte, noch einmal die Verhandlungen aufzunehmen zu wollen unter der Bedingung, daß sie bis zum 8. Juni abgeschlossen sein würden. Die Unternehmer erwiderten darauf, daß legitimes weitere Eingehen ihrerseits ausgeschlossen sei. Daraufhin reichten die Bergarbeiter, etwa 3000, ihre Kündigung ein, wozu die Auflösung des Ausperrung erfolgte. Die Versuche, die auch von anderer Seite gemacht worden sind, um den Kampf zu verhindern, scheiterten an der Haltung der Unternehmer.

Die Forderungen, die von den Arbeitern gestellt werden, belaufen sich in der Regel auf 5 Ore Lohn erhöhung pro Stunde. Die bisher üblichen Stundenlöhne betragen zwischen 18 bis 45 Ore pro Stunde. Den 18 Ore erlangen allerdings die Arbeiter auf 27½ Ore erhöht, in einem Falle sogar auf 30 Ore, während die Unternehmer nur 22 bzw. 23 Ore befolgen wollen. Im übrigen betrachten die Angestellten, die von den Unternehmen gemacht worden sind, in der Regel 2 bis 2½ Ore pro Stunde. In den meisten Fällen aber wollen sie die bisherigen Löhne auf eine längere Vertragsdauer festgelegt wissen, in einzelnen Fällen verlangen sie sogar Lohnabrechnungen. Die Angestellten sind den Arbeitern zu geringfügig gewogen, sodass der Kampf nicht mehr zu umgehen war.

Die Landesorganisation der norddeutschen Gewerkschaften, die diesen Kampf zu führen hat, umfasst jetzt etwa 50.000 Mitglieder in den verschiedenen Industrien des Landes. Das Sekretariat der Landesorganisation fordert in einem Aufruf die organisierte Arbeiterschaft des Landes auf, die ausgesperrten Arbeiter zu unterstützen. Es werden neben den regulären Beiträgen noch öffentliche Sammlungen im ganzen Lande veranlaßt werden. Außerdem wird von der Landeszentrale von jedem nicht ausgeliehenen Mitglied der norddeutschen Gewerkschaften ein obligatorischer Extrabeitrag von einer Krone pro Woche bis auf weiteres erhoben. Die Arbeiter werden weiter in dem Aufrufe aufgefordert, während des großen Kampfes einzigt zusammenzuhalten, überall für die Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen und jeglichen Gewalt- oder schädigenden Streik zu unterlassen.

Nach anderthalbjähriger Pause beginnen nunmehr in Schweden neue Kriegsfäuste. Die Bauunternehmer hatten die geforderten lokalen Tarifverträge zum 31. März d. J. gekündigt. Die Unternehmer untertrauen den Arbeitersorganisationen einen neuen einheitlichen Pflichttarif für sämtliche Berufe und Lände, der bis zum 31. März 1916 Gültigkeit haben sollte und eine sehr erhebliche Heraufsetzung der Löhne vorsieht. Die eingeleiteten Verhandlungen fanden zu seinem Resultat, daß die Arbeiter bei den rapid steigenden Lebensmittelpreisen es zunächst ablehnen möchten, einen fünfjährigen Beitrag für das ganze Reich ohne jede Lohn erhöhung abzulegen, gleichzeitig dient, Lohnreduktionen in Kauf zu nehmen. Als dann am 31. März die bisherigen Verträge abgelaufen waren, ordnete die Leitung der Unternehmerorganisation an, dass ihre Mitglieder in den einzelnen Orten von da an den vorgelegten Unternehmertarif in Anwendung bringen sollten. Die Arbeitnehmer weigerten sich daraufhin, weitere Verhandlungen mit den Unternehmen zu pflegen, solange nicht jene Kündigung der Unternehmertzentrals für das Bergewerbe gutgeschlagen würde. Da das nicht geschah, wurden die Verhandlungen abgebrochen und die Arbeiter rückten ab, innerhalb die Unternehmer zur Ausperrung greifen würden oder nicht. Die Abteilung des Unternehmertzentrals war unpraktisch, ohne Untersicht der Verträge von Seiten der Arbeitnehmer nicht arbeiten zu können. Über einer Konferenz der Delegierten der verschiedenen Brancheverbände des Bergewerbes wurde der Beschluss gefasst, vorläufig nicht auszuprobieren. In der Zwischenzeit haben nun die Arbeiter in Borlänge, sowie die Männer in Stockholm bei ihren Unternehmern die Forderung erhoben, die von der Unternehmertzentrals geführten Verträge zurückzuziehen und die alten Verträge bis auf weiteres zu prolongieren. Die Unternehmertzentrals hat daranheim den Beschluss gefasst, ab 10. Juli das gemeinsame Handwerk Schrödens stillzulegen, sobald nach den Vereinbarungen der Bürgerlichen Freiheit an diesem Tage etwa 40.000 Arbeiter auf der Straße liegen würden.

Der südliche Bergbaubezirk in Stockholm hatte in letzter Stunde die Parteien sofern zu einer Verhandlung beidergerufen, um wenn möglich, den drohenden Streik abzuwenden. Da die Unternehmer aber jegliches Entgegenkommen nach wie vor ablehnen, erledigen die Verhandlungen erledigt. Die Arbeitnehmer machen den Unternehmern das Zugeständnis des fünfjährigen Vertragsabschlusses, während die bisherige Vertragsdauer nur 2 bis 3 Jahre beträgt. Dafür verlangen sie zunächst Zurücknahme aller angekündigten und vorgenommenen Lohnabnahmen und eine Lohn erhöhung für einzelne Branche innerhalb der fünfjährigen Vertragsperiode. Der staatliche Bergbaubeamte hatte darum einen Verhandlungsvorschlag gemacht, der im wesentlichen enthielt: Arbeitszeit und Arbeitslöhne bleiben die gleichen wie bisher, die Vertragszeit beträgt 5 Jahre, ab 31. März 1914 wird eine Lohn erhöhung in einigen Orten des Staates von 1 bis 2 Ore pro Stunde zugestanden. Beiderseitige Vertragsbeamte aber den Unternehmern eine größere Konzession gemacht, es sollte ihnen freibleiben, auf die höheren Löhne folgendes zu verzichten: Arbeitnehmer, welche die höheren Löhne in den ersten Jahren der fünfjährigen Vertragszeit erhalten, müssen die Löhne wieder abgeben, wenn sie später wieder niedrigere Löhne erhalten. — Das bedeutet, daß wohl für die Arbeiter die fünfjährige Vertragszeit vorgezogen werden sollte, die Unternehmer aber, falls die Konjunktur für sie günstig wäre, die Möglichkeit haben, den fünfjährigen Vertrag über den wenigen zu verzögern. Auf solche Abschüttungen glaubte ein sozialistischer Teil der Arbeiter nicht einzugehen zu können, so die Bergbauarbeiter, die Eisen- und Stahlarbeiter und die Schiffsarbeiter, die es zunächst ablehnen, auf eine solche Grundlage mit den Unternehmern Verträge abzuschließen. Aber auch die Arbeitnehmer der übrigen Branche haben meine Meinung, sich in den Zeit der Unternehmertarif zu unterstellen. Die Unternehmer haben dagegen diese Vertragsabschüttungen angelehnt, ein Vorschlag, der vorausgesetzt ihre Unternehmen in den Bergbauarbeiterbezirk des genannten staatlichen

Reichstags gewählt waren. — Die Arbeitnehmer zweifeln zwar daran, daß es den Unternehmen gelingen wird, 40.000 Arbeitnehmer auszusperrn. Über auch wenn diese Zahl nicht ganz erreicht wird, handelt es sich um einen großen Kampf von jedenfalls längerer Dauer. Über die Stellung der schwedischen Landeszentrale, die nunmehr um ihre Unterstützung angegangen werden wird, ist zurzeit noch nichts bekannt.

Erfolgreiche Lohnbewegung im Brauereigewerbe in Bayern. Von 100 in 5 Brauereien beschäftigten Arbeitern legten 95 Arbeitnehmer die Arbeit nieder, weil die Brauereien über den am 15. Mai eingereichten Tarifvertrag sich zu keiner Verhandlung verstanden, der alte Tarif aber bereits am 1. Juli abließ. Die Streikenden hatten einen vollen Erfolg. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte Sonntag früh. Zu dieser schnellen Friedigung des Streiks trug die ausgewogene Organisation der Arbeiter bei.

### Schlesien, Böhmen und Nachbargebiete.

Gartengarten bei Ohlau, 11. Juli. Die nächste Gemeindevertreter-Sitzung findet Mittwoch, den 12. d. Monats, abends 8 Uhr, bei Damzog statt.

Wansen, 10. Juli. Vom Vater getötet wurde am Sonnabend früh im benachbarten Paradies der Dominikanerbauer Kästel, der auf dem Felde beschäftigt war. Er ist Vater von sieben noch nicht der Schule entwachsenen Kindern. Der Jammer der Familie war herzerreißend, als man den toten Vater auf dem Felde fand. Kästel war ein sehr frommer Mann und das Gleiche gilt auch von seiner Familie. Der Himmel aber kümmert sich wenig um den Menschen mit seiner Religion und seiner Hoffnungen.

Trebnitz, 11. Juli. Wie man Landarbeiter behandelt. Am 13. Mai sollte der Pseudoknecht August Barauke anspannen, um den Acker zu walzen. Er hatte aber eine falsche Waage denunziert, was der Inspector Kosslick auf dem Dominikanerhof, dem Grafen Ballerstrem gehörig, bemerkte. Er forderte den Knecht auf, auszuspannen und nach Hause zu gehen, da er (der Knecht) befohlen sei. Barauke weigerte sich mit der Begründung, daß er nichts getrunken habe. Darauf stieß der Inspector den Barauke zweimal zu Boden und hieb mit seinem Stockstock derartig auf ihn ein, daß er in das Krankenhaus nach Trebnitz geschafft und dort bis zum 23. Juni in ärztlicher Behandlung blieben mußte. Um darauffolgendem Montag verlangte Barauke vom Arzt ein Attest. Der Arzt aber redete ihm zu, er solle den Inspector nicht zur Anzeige bringen, er solle sich lieber mit ihm einigen. Am andern Tage war auch schon der Inspector im Krankenhaus und bot dem Barauke ein Schmerzensgeld an, er solle mir sagen, was er verlange. Darauf gab sich Barauke auch mit 100 Mk. zufrieden, die ihm der Inspector noch einiges freiließen gab. Wenn der so Mißhandelte sich auch mit einem Schmerzensgeld zu zufrieden gegeben hat, bliebe doch sehr zu wünschen, daß des Staatsanwalts die Sache untersucht. Lehrlinge Rotheutrie von "Borgerechten" gegen Arbeiter kommen bestimmt auf den Dörfern sehr häufig vor. Wir selbst werden nach Möglichkeit dafür sorgen, den Herren das Brügeln zu verstellen.

Faner, 10. Juli. Protestversammlung. Unser am Sonnabend abend im grünen Adler abgehaltene Versammlung gestaltete sich zu einem wichtigen Protest gegen die Dresdner Festschmach und die Borenhaltung der Polizei. Der Referent Genosse Peter-Landeshut erinnerte für seine Ausführungen stürmischen Beifall. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie endigte die von etwa 200 Personen besuchte Versammlung.

Siegels, 10. Juli. Der Finanzbericht für das Jahr 1910 weist für unsere Stadt eine wesentliche Mehreinnahme an Steuern auf. Gegenüber dem Voranschlag wurden mehrere Vereinahmen an direkten Steuern 70.000 Mk., an indirekten Steuern 82.000 Mk. und an Marktanwendung 2.300 Mk. Nur diesem Umstand und wesentlichen Erfahrungen bei der Straßenreinigungsverwaltung durch eigenen Regiebetrieb ist ein einigermaßen günstiger Rechnungsschluß zuzuschreiben.

Siegels, 10. Juli. Ein frecher Einbrecher, die bei 6 Uhr wurde in der Nacht von Freitag zu Sonnabend in das Kohlenmarkt 17 belebte Lager 1 des kleinen Kästel verübt. Der Einbrecher hat sich allem Anschein nach in das Haus einschlafen lassen und im Keller verborgen. In der Nacht nun hat er in sachkundiger Weise aus einer vom Hausschlüssel in den Laden führenden Tür ein Felder Löffel herausgeschritten und ist durch das dadurch geschaffene Loch in den Laden eingedrungen. Dort hat er ancheinend mittels eines schmalen und eines breiten Stahlseils die Patent-Sicherheits-Ladenklappe von der Ladentischplatte abgebrochen. Als dann begab er sich mit der Kasse in den hinteren Geschäftsräum und hat bei Streichholzbearbeitung dieselbe gezeigt. Dabei drohte er jedenfalls sehr enttäuscht gewesen zu sein, denn anstatt der erhofften gesamten Wohneinnahme fand er nur 100 Mk. und auf dem Tischposten noch 200 Mk. vor. Ein berühmter in der Stadt geschiebter Zweithandshändler hat der Einbrecher in der Ecke auch noch liegen lassen. Die sonstigen in der Ecke befindlichen Beläge lagen auf der Ecke unvergittert. Auch hat er eine ihm gehörige Streichholzschachtel — mit dem Fabrikzeichen, wie sie nur im Konsum verkauft wird — und in einem abgegriffenen seitlich abgezwickten Zigarettenpackung gefunden. Im übrigen aber beklagte er sich mit noch etlichen Schachteln Zigaretten, in „befriedeter“ Weise 1 Pfennig Zigaretten, und einigen Sand voll 5 Pfennig-Sloten. Darauf nahm er seinen Weg wieder durch das Eingangsstor in den Gewerbestraße und er hat dabei zwar das Eingangsstor mittels eines breiten Stahlseils abgebrochen, aber ein weiteres Streichholzschachtel hat ihn am Oeffnen der Tür gehindert. Aus dem Gewerbestraße auf die Straße gelangte er dadurch, daß er die oben und unten befindlichen Kämme riegel aus den Türposten schob und die Tür den Kunden aufdrückte. Ein in dem Hause wohnender Privat-Richter kam um 2 Uhr Nachts, als er vom Dienst heimkam, die Tür offen und angelehnt. Da er annahm, man habe am Ablauf verschiedlich die Tür uneingeklaut angeholt, stieß er sie mit dem Fuß auf und er schloß die Tür mit einem Fuß. Er schaute auf die Tür und erkannte, daß sie unvergittert war. — Es durfte wohl ausgegeschlossen sein, daß der Einbrecher, der sich gerade ausgerechnet den Arbeitern-Kästel — oder wie es in einer heutigen Zeitung geschrieben ist, das Konsumvereinslager des kleinen Gewerbeschaffertels! — zu seinem Opfer ausgewählt hatte, höchst zu wünschen. Die sonstigen „Kästel“ des Vereins aber können natürlich sehr „uninteressant“ sind, „uninteressant“ wird der Verein durch diesen Betrug nicht.

Siegen, 11. Juli. Im Streit erstickt. Am Sonnab